

# Holzarbeiterzeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Insetrate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf P7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 23 Berlin, den 6. Juni 1931 39. Jahrgang

## Gegen höhere Holzzölle

Aus der Ruhe, die jetzt in den Fachblättern der Waldbesitzer und in den diesen nahestehenden Tageszeitungen herrscht, könnte geschlossen werden, dass die „Grüne Front“ ihren Kampf um eine Verdreifachung der Holzzölle aufgegeben habe. Das wäre freilich ein grosser Trugschluss. Die Waldbesitzer sind zähe Kämpfer, die ihr Spiel selbst dann noch nicht verloren geben, wenn auch rein gar nichts mehr für, sondern alles gegen ihre Forderung spricht. So ist es jetzt, und wohl nur deshalb sind sie in der Öffentlichkeit so still geworden, dafür arbeiten sie in den Regierungsstuben um so rühriger, und hier finden sie auch ein gläubiges Publikum.

Die Waldbesitzer haben ihre Zollforderung hauptsächlich mit der Behauptung begründet, dass Deutschland „mit ausländischem Holze überschwemmt werde“. Dabei blieben sie auch dann noch, als die Einfuhr von Monat zu Monat stark zurückging. Nun sagten sie: Gewiss ist die Einfuhr zurückgegangen, aber doch nicht so stark, wie sich die Beschäftigungslage in der deutschen Holzindustrie verschlechtert hat. Auch das stimmt nicht, wie wir noch sehen werden. Nur die Regierungsmänner halten die Behauptungen der Waldbesitzer für lautere Wahrheit. Am gläubigsten ist der Minister Dr. Steiger, der am 29. April im Preussischen Landtag also sprach:

„Deutschland verbraucht heute viel weniger Holz als in der Vorkriegszeit. Das ist es um so auffälliger, dass immer noch Einfuhr von Holz aus dem Auslande stattfindet, und zwar in ungefähr derselben Masse wie vor dem Kriege. Vor dem Kriege hatten wir rund 15 Millionen Festmeter eingeführt, und jetzt sind wir dieser Zahl erheblich nahegekommen.“

Diese Ausführungen wurden gemacht zu einer Zeit, wo die amtlichen Zahlen über den deutschen Holzaußenhandel für 1930 bereits vorlagen. In diesem Jahre wurden 11,4 Millionen Festmeter Nutzholz eingeführt, das sind 3,6 Millionen weniger als 1913. Die Holzeinfuhr war 1930 also nicht „ungefähr ebenso gross wie in der Vorkriegszeit“, sondern um fast ein Viertel kleiner.

Aber vielleicht hat Dr. Steiger gar nicht die Einfuhr von 1930, sondern die von den ersten Monaten 1931 in Vergleich stellen wollen. Dann ist sein Reinfall noch viel grösser. 1913 wurden im Monatsdurchschnitt 1,250 Millionen Festmeter eingeführt, im Durchschnitt der ersten vier Monate 1931 aber nur 423884 Festmeter. Aus diesen Vergleichszahlen ergibt sich, dass die heutige

Holzeinfuhr nur noch ein reichliches Drittel der Vorkriegsmenge beträgt.

Die Waldbesitzer sind bei ihrer Behauptung von der „Überschwemmung des deutschen Marktes mit ausländischem Holze“ aber gar nicht von den Vorkriegsverhältnissen ausgegangen, sondern von der Einfuhr im Jahre 1928. In diesem Jahre erreichte die Nutzholzeinfuhr mit 18,2 Millionen Festmeter eine Rekordhöhe. Im Jahre 1928 wurden im Monatsdurchschnitt 1,520 Millionen Festmeter eingeführt, das sind 1,1 Millionen mehr als im Durchschnitt der ersten vier Monate des laufenden Jahres. Stellt man die Einfuhr der ersten vier Monate beider Jahre in Vergleich, so ergibt sich folgender Tatbestand: 1928 betrug die Einfuhr 5,476 Millionen Festmeter, 1931 aber nur 1,696 Millionen; das ist ein Rückgang um fast 70 Prozent.

Diese Tatsachen sehen anders aus als die Märchen der Waldbesitzer, die von Regierungsmännern gutgläubig nachgezählt werden.

Uns Holzarbeitern interessiert besonders die Entwicklung der Einfuhr von Nadel sägeholz und Nadel schnittholz. Nachstehend veröffentlichen wir die Einfuhrzahlen für die ersten vier Monate der letzten vier Jahre, einschliesslich 1931.

Einfuhr in Festmetern in den Monaten Januar bis April.

Jahr	Sägeholz	Schnittholz	Zusammen
1931	298 816	494 631	793 447
1930	620 878	893 966	1 514 844
1929	631 873	894 577	1 526 450
1928	1 537 417	1 744 138	3 281 555

Die Einfuhr von diesen Hölzern ging von 1928 bis 1931 zurück um 2 488 108 Festmeter oder um rund 75 Prozent. Der Beschäftigungsgrad in der Holzindustrie sank in der gleichen Zeit um etwa 40 Prozent. Die Holzeinfuhr ist also weit stärker zurückgegangen, als es durch die Verschlechterung der Geschäftslage in der Holzindustrie bedingt ist. Es besteht mithin kein Grund, „die Holzeinfuhr durch Erhöhung der Zölle so zu drosseln, dass sie mit dem Holzbedarf der deutschen Wirtschaft wieder in Einklang steht“. Wie die Tatsachen beweisen, passt sich die Holzeinfuhr ganz von selbst der Wirtschaftslage an, eine Zollerhöhung zu diesem Zwecke ist also überflüssig.

Den Waldbesitzern hat die Entwicklung der Holzeinfuhr in den letzten Monaten die besten Trümpfe aus der Hand geschlagen. Jetzt noch von einer „Überschwemmung des deutschen Marktes mit ausländischem Holze“ reden zu wollen, müsste selbst den Gläubigsten zum Lachen bringen. Eine Ausnahme

machen nach wie vor nur die Regierungsmänner.

Die Reichsregierung hat sich vom Reichstag die Vollmacht geben lassen, die Holzzölle im Verordnungswege erhöhen zu können. Das war nicht etwa nur eine schöne Geste gegenüber den Waldbesitzern, sondern der Reichsminister Dr. Schiele ist drauf und dran, höhere Holzzölle festzusetzen. Glücklicherweise stösst er dabei auf einige handelspolitische Schwierigkeiten. In mehreren Handelsverträgen sind die deutschen Holzzölle nämlich gebunden, das heisst sie gelten für die Dauer des Vertrages. Eine Erhöhung der deutschen Zollsätze ist für die Vertragsländer also bedeutungslos, für sie bleiben die alten Zölle in Kraft. Die Reichsregierung ist nun an jene Staaten herangetreten, damit diese die gebundenen Zollsätze freigeben. Schweden hat sich dazu bereit erklärt, wenn Deutschland seine Zölle für gewisse andere Waren ermässigt; nach den uns zugegangenen Mitteilungen handelt es sich dabei vornehmlich um Holzwaren. Eine Verständigung ist noch nicht erzielt worden, aber da dem Dr. Schiele die Wünsche der „Grünen Front“ alles und die Interessen der Holzverarbeitenden Industrie nichts gelten, wird es doch noch zu einem Abschluss kommen.

Diese Pläne des Dr. Schiele sind unverantwortlich, ihre Durchführung bedeutet die denkbar schwerste Schädigung der Holzverarbeitenden Industrie. Der Wirtschaftsverband der Holzindustrie hat ausgerechnet, dass die von den Waldbesitzern geforderten Zölle das Rundholz um 3 bis 4 Prozent, das Schnittholz um 20 bis 30 Prozent und die Holzwaren um 3 bis 20 Prozent verteuern würden. Die Folge dieser Verteuerung wird eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage in der

Holzindustrie sein. Die Preise für Möbel und andere Holzwaren sind in letzter Zeit herabgesetzt worden, für die arbeitende Bevölkerung sind sie aber immer noch viel zu hoch. Sie müssen weiter abgebaut werden, wenn sie mit der Kaufkraft der breiten Massen in Einklang stehen sollen. Das ist kaum möglich, wenn die Holzpreise in der angegebenen Weise steigen.

Auch auf dem Weltmarkt wäre die deutsche Holzindustrie nicht mehr konkurrenzfähig. Sie müsste der Konkurrenz jener Länder unterliegen, die heute schon wesentlich niedrigere Holzpreise haben als Deutschland. Und die Ermässigung einiger Holzwarenzölle würde schliesslich dazu führen, dass die Einfuhr von verschiedenen Holzwaren steigt, wiederum zum Nachteil der deutschen Holzindustrie.

Die Reichsregierung muss gegenüber der „Grünen Front“ endlich hart werden. Was diese an Gründen für die Erhöhung der Holzzölle ins Feld geführt hat, sind im Lichte der Tatsachen schlechte Märchen. Der Forstwirtschaft geht es schlecht — gewiss, aber nicht etwa deshalb, weil wir nicht die von ihr geforderten Holzzölle haben, sondern weil es der Holzindustrie schlecht geht. Die Erhöhung der Holzzölle würde die Lage der Holzindustrie nur noch mehr verschlechtern. Und da es der Forstwirtschaft nur gut gehen kann, wenn es der Holzindustrie gut geht, ist die Erhöhung der Holzzölle letzten Endes ein Schlag gegen die Forstwirtschaft selbst. Die Waldbesitzer werden diese Zusammenhänge nie begreifen, die Reichsregierung aber muss es tun, und zwar ehe es zu spät ist. Die Zollforderungen der Waldbesitzer müssen abgelehnt werden, sowohl im Interesse der Holzwirtschaft als auch in dem der Gesamtwirtschaft.

## Langsame Besserung des Arbeitsmarktes

Nach dem letzten Bericht der Arbeitsämter warteten bei diesen am 15. Mai rund 4 211 000 Männer und Frauen auf eine Arbeitsstelle. Das sind 147 000 weniger als Ende April und rund 761 000 weniger als im Februar dieses Jahres, wo die Arbeitslosigkeit ihren höchsten Stand erreichte. Trotz des verhältnismässig starken Rückganges der Arbeitslosigkeit in der ersten Maihälfte (eine gleich starke Abnahme trat 1930 erst im Verlaufe des ganzen Monats Mai ein), ist sie noch unerhört gross. Und es sind auch nirgends Vorgänge zu sehen, die auf eine baldige radikale Besserung der Arbeitsmarktlage hindeuten. Das Institut für Konjunkturforschung jedenfalls betrachtet die bisher eingetretene Belebung der Wirtschaft nur als eine saisonmässige Erscheinung. Was uns so sehr fehlt, ist eine lebhaftere Bautätigkeit. Wohl ist hier eine Besserung festzustellen, aber in einem viel zu kleinen Umfange. Wahrscheinlich wird vom Baunarkt auch in den nächsten Wochen und Monaten nicht viel zu erwarten sein, denn es fehlt zum Bauen das

wichtigste, nämlich das Geld. Die Einflüsse, die in der kommenden Zeit vom Baunarkt ausgehen werden, beeinflussen die Lage der Gesamtwirtschaft voraussichtlich in kaum nennenswertem Masse.

Immerhin darf man die Hoffnung haben, dass die Wirtschaftsbelebung weitere Fortschritte machen wird, wenn auch langsam und mit zeitweisen Unterbrechungen. Der langersehnte Umschwung von der Krise zur Hochkonjunktur wird aber leider noch lange auf sich warten lassen. Es sei denn, dass die Reichsregierung sich endlich entschliesst, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die im Interesse der Volksgesamtheit liegt und nicht nur in dem einer Handvoll Besitzender. Die Hoffnung, durch Lohnabbau und masslose Unterstützung der Grossgrundbesitzer die Wirtschaft wieder in Gang bringen zu können, hat, wie die Entwicklung der letzten Zeit beweist, elendiglich getrogen. Nicht Schwächung, sondern Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen ist der Weg zur Gesundung der deutschen Wirtschaft.



# Für die Sozialversicherung!

Die Spitzenverbände der Arbeitergewerkschaften haben an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe gerichtet, in der sie sich entschieden gegen die in der Öffentlichkeit erörterten und von den Unternehmerverbänden geförderten Pläne zur Einschränkung der Sozialversicherungsleistungen wenden. Weitere Einschränkungen zu den bereits durchgeführten Verschlechterungen der Sozialversicherung würden, heisst es in der Eingabe, die Existenz der Arbeiterschaft in Frage stellen. Die Ablehnung dieser Pläne liege auch im wohlverstandenen Interesse der Regierung, denn eine noch weitere Verschlechterung der Leistungen der Sozialversicherung würde noch weitere breite Volksschichten einem ungesunden Radikalismus in die Arme treiben und den Bestand des Staates gefährden.

Die Denkschrift der Spitzenverbände geht aus von der misslichen Lage der Reichsfinanzen. Sie verwirft aber den Gedanken, die mangelnde Übereinstimmung zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt durch Ersparnisse an den Ausgaben für soziale Zwecke herzustellen, und verweist die Reichsregierung auf den Weg der Erschliessung neuer Einnahmen. „Ohne Zweifel gibt es auch in Deutschland noch leistungsfähige Schichten, die für die Schaffung neuer Einnahmequellen herangezogen werden könnten, aber gerade diese haben in den letzten Jahren am stärksten in der Öffentlichkeit Stimmung dafür gemacht, dass die Ausgaben für soziale Zwecke zu gross sind.“

Die Eingabe der Gewerkschaften beschäftigt sich sodann eingehend mit den Verhältnissen der Unfallversicherung und Invalidenversicherung sowie mit den Angriffen gegen diese Versicherungszweige. Sie wendet sich entschieden gegen die Vorschläge der Unternehmer, die in ihrer Gesamtheit auf eine 50prozentige Beseitigung der Unfallversicherung hinauslaufen. Eine Reform der Unfallversicherung erscheint auch den Gewerkschaften notwendig. Sie machen dafür folgende Vorschläge:

1. Zweckentsprechende Ausdehnung des Geltungsbereichs der Unfallversicherung;
2. Einführung einer Gemeinlast für alle Träger der Unfallversicherung;
3. Verbesserung der Unfall- und Krankheitsverhütung, um dem Eintreten neuer Rentenfälle vorzubeugen;
4. Einführung einer unabhängigen Betriebsüberwachung auch für öffentliche Betriebe;
5. erweiterte Einbeziehung von Berufskrankheiten in die Unfallversicherung;
6. massgebende Mitwirkung

## Was bringen die Zölle ein?

Die Zolleinnahmen der deutschen Republik betragen im Jahre 1930 insgesamt 1.221 Milliarden Mark. Gegenüber dem Vorjahre sind das 93 Millionen Mark mehr. Was an diesem Tatbestand auffällt, ist weniger die Höhe der Mehreinnahme als die Steigerung überhaupt, da doch 1930 die Einfuhr wesentlich kleiner war als im Jahre 1929. Während 1929 für 13,447 Milliarden Mark Waren aller Art eingeführt wurden, betrug 1930 der Einfuhrwert nur 10,393 Milliarden Mark. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass diese Zahlen auch die Einfuhr der zollfreien Waren mit enthalten. Die Dinge liegen in Deutschland nämlich nicht so, dass auf jeder Auslandsware ein Zoll ruht, richtig ist vielmehr, dass dem Werte nach rund die Hälfte der Einfuhr zollfrei ist. Im Jahre 1930 betrug die zollfreie Einfuhr 6,957 Milliarden Mark und die zollpflichtige Einfuhr 6,496 Milliarden Mark. Für das Jahr 1929 lauten die Zahlen 5,154 und 5,239 Milliarden. Die Einfuhr von zollpflichtigen Waren sank von 1929 bis 1930 um 1,251 Milliarden Mark.

Obwohl also auch die Einfuhr von zollpflichtigen Waren beträchtlich zurückgegangen ist, sind die Zolleinnahmen gestiegen. Wie erklärt sich das? Einfach dadurch, dass im letzten Jahre die Zölle für viele Waren erhöht worden sind. Am meisten die Lebensmittelzölle. Nach der amtlichen Statistik betragen die Lebensmittelzölle 1929 nur 18 Prozent, 1930 aber 25 Prozent des Wertes. Das heisst eine Ware, die an den deutschen Grenzen z. B. 1 Mk. kostet, wird durch den Zoll um 25 Pf. auf 1,25 Mk. erhöht.

Der Versicherung der Versicherten in der Unfallversicherung im Sinne des Artikels 161 der Reichsverfassung.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise haben zu einer bedeutenden Verschlechterung der Finanzverhältnisse der Invalidenversicherung geführt. Beitragsausfälle sowie der Ausfall wesentlicher Zuschüsse des Reiches hatten zur Folge, dass diese Versicherung bereits im laufenden Jahre zur Deckung ihrer Leistungen einen Teil ihrer Rücklagen verwenden muss. Die Spitzenverbände der Arbeitergewerkschaften befinden sich bei dieser Sachlage in grosser Sorge um das der Invalidenversicherung von der Reichsregierung zugedachte Schicksal. Gegenüber den Forderungen der Unternehmervertretungen erklären sie mit aller Entschiedenheit, dass sie eine allgemeine Herabsetzung der ohnedies unzureichenden Rentenhöhe für ganz untragbar halten und eine damit beabsichtigte Sanierung aufs schärfste zurückweisen müssen.

Eine Sanierung der Invalidenversicherung muss durch eine Steigerung des Beitragsaufkommens und insbesondere auch durch Aufstockung ausreichender weiterer Beitragsstufen mit höherer Rentemöglichkeit herbeigeführt werden. Bei einer Neuregelung der bisherigen Beitragssätze muss der jetzige Geldwert der Steigerungssätze in den Beitragsklassen 1 bis 7 erhalten bleiben. Eine Herabsetzung der 20prozentigen Steigerungssätze unter Beibehaltung der jetzigen Beitragshöhe würde ebenso wie eine Herabsetzung oder teilweise Herabsetzung durch Staffielung des Grundbetrages eine unerträgliche Kürzung der Bezüge der Rentenempfänger bedeuten, die bei den misslichen Finanzverhältnissen der Fürsorgeverbände auch nicht auf dem Wege der Fürsorge ausgeglichen werden kann. Es dürfte bekannt sein, dass sich 30 Prozent der Sozialrentner sowieso schon in öffentlicher Fürsorge befinden, weil die Renten der Invalidenversicherung nicht ausreichen und sonstige Einnahmen den betreffenden Rentenempfängern nicht oder in nicht ausreichendem Masse zur Verfügung stehen. Sofern aber eine Sanierung auf dem uns erforderlich scheinenden Wege in der gegenwärtigen Notzeit nicht erreicht werden kann, empfiehlt die Denkschrift dringend, eine Neuregelung bis zu günstigeren Zeitverhältnissen zu vertagen.

Wir hoffen, dass die Reichsregierung an diesen Vorschlägen der Gewerkschaften aller Richtungen nicht leichtfertig vorübergeht. Ihre Durchführung allein sichert die Wiedergesundung der Sozialversicherung.

Bei dieser Rechnung ist die zollfreie und zollpflichtige Einfuhr zusammengezogen; bei den zollpflichtigen Waren allein beträgt die Wertbelastung 28 Prozent. Gross ist der Unterschied hier deshalb nicht, weil fast alle Lebensmittel zollpflichtig sind. Die Reichskasse hatte durch die hohen Lebensmittelzölle 1930 eine Einnahme von 731 Millionen Mark.

Auch lebende Tiere sind fast durchweg zollpflichtig. Die Wertbelastung beträgt hier 23 Prozent; bei den zollpflichtigen Tieren allein 24 Prozent.

Der grösste Posten in der deutschen Einfuhr sind Rohstoffe und halbfertige Waren. Dabei handelt es sich meistens um solche Werkstoffe, die wir in Deutschland überhaupt nicht oder in nicht genügenden Mengen haben oder herstellen können. Daneben werden natürlich auch solche eingeführt, für die ein volkswirtschaftliches Bedürfnis nicht vorhanden ist — wenn für diese ein entsprechender Einfuhrzoll erhoben wird, so lässt sich unter den heutigen handelspolitischen Verhältnissen, dagegen nichts Triftiges sagen. Anders verhält es sich mit Zöllen auf die für die deutsche Wirtschaft lebenswichtigen Rohstoffe und halbfertige Waren. Wird deren Einfuhr durch Zölle verteuert, so wirkt sich das letzten Endes gegen die heimische Industrie selbst aus. Teure Werkstoffe bedeuten hohe Produktionskosten und hohe Produktionskosten erschweren die Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Die Mehrzahl der wichtigsten Rohstoffe und halbfertigen Waren ist demnach zollfrei, auf vielen aber liegt ein sehr hoher Zoll.

Nach der amtlichen Statistik wurden 1930 für 5,508 Milliarden Mark zollfreie und für 1,197 Milliarden Mark zollpflichtige Werkstoffe eingeführt. Insgesamt betrug die Zollbelastung 6 Prozent, bei den zollpflichtigen Werkstoffen aber 27 Prozent. Das sind ganz unverantwortlich hohe Zölle. Wohl bringen sie der Reichskasse ein ganz nettes Sümmchen (322 Millionen Mark) ein, auf der anderen Seite aber schädigen sie die deutsche Wirtschaft, denn sie verteuern die Waren.

Die Zölle auf fertige Waren erbrachten 1930 insgesamt 142 Millionen Mark. Eingeführt wurden für 1,798 Milliarden Mark zollfreie und für 1,289 Milliarden Mark zollpflichtige Waren. Die Zollbelastung beträgt allgemein 8 Prozent, bei den zollpflichtigen Waren allein 11 Prozent.

Es lohnt sich, folgendes festzuhalten: Soweit zollpflichtige Waren in Betracht kommen, beträgt die Zollbelastung bei Werkstoffen 27 Prozent und bei fertigen Waren 11 Prozent. Diese Zahlen spiegeln den Irrsinn der deutschen Zollpolitik in seiner ganzen Grösse wider.

Die Zölle sind dem Staate eine sehr erwünschte und wichtige Einnahmequelle. Wie ihre Bedeutung gewachsen ist, zeigt die folgende Zusammenstellung:

Jahr	Zolleinnahmen des Deutschen Reiches insgesamt Millionen Mk.	auf den Kopf der Bevölkerung Mk.
1913	723,7	10,73
1925	549,8	8,79
1926	816,6	13,09
1927	1218,6	19,27
1928	1140,6	17,94
1929	1047,7	16,40
1930	1220,9	18,81

Von 1913 bis 1930 haben sich die Zolleinnahmen insgesamt und je Kopf der Bevölkerung fast verdoppelt. Auch wenn man berücksichtigt, dass die heutige Mark nicht den Wert der Vorkriegsmark hat, so ergibt sich doch für den Staat eine beträchtliche Mehreinnahme und für die Bevölkerung eine sehr fühlbare Mehrausgabe.

## Wie lang ist heute die durchschnittliche Arbeitszeit?

Das Institut für Konjunkturforschung hat Berechnungen über die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in wichtigen Industrien angestellt. Es stützte sich dabei auf die Angaben der Gewerkschaften über Vollbeschäftigung und Kurzarbeit ihrer Mitglieder. Die Berechnungen können keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit erheben, sie geben uns jedoch ein ungefähres Bild vom Stande der Dinge. Im März betrug die Arbeitszeit im gewogenen Durchschnitt 43,8 Stunden. Im Februar waren es 43,5 und im Januar 43,1 Stunden. Die Kurzarbeit ist also im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung neuerdings wieder etwas zurückgegangen. Dies spricht für eine kleine Besserung der Wirtschaftslage. Richtiger freilich wäre es, wenn die Arbeitszeit durchweg auf 40 Stunden verkürzt würde, damit wenigstens ein grösserer Teil der Arbeitslosen sofort in Beschäftigung gebracht werden könnte. Die Gewerkschaften haben eine dahingehende Forderung seit langem erhoben, die Reichsregierung rührt jedoch keinen Finger. Das ist um so unverständlicher, da auch ihre Brauns-Kommission sich für eine Verkürzung der Arbeitszeit in grösseren Betrieben verschiedener Industrien ausgesprochen hat. Soll der Arbeitsmarkt fühlbar entlastet werden, dann muss die Arbeitszeit freilich allgemein auf 40 Stunden verkürzt werden. Sonst ist das ganze nur eine zwecklose Übung.

Interessant ist die Dauer der Arbeitszeit in den einzelnen Industrien. Über den Durchschnitt von 43,8 Stunden liegt die Arbeitszeit im Buchdruckgewerbe mit 47,1, im Nahrungsmittelgewerbe mit 46,1, in der Baustoffindustrie mit 45,7, im Bergbau und in der Glasindustrie mit 45,0, in der Holzindustrie mit 44,8, in der chemischen Industrie und im Bekleidungsgewerbe mit 44,7, in der Papierindustrie und im Tabakgewerbe mit 44,6 Stunden. Unter dem Durchschnitt liegt die Arbeitszeit in der Lederwarenindustrie mit 43,2, in der Lederindustrie mit 43,1, in der Metallindustrie mit 42,6, in der Textilindustrie mit 41,4, in der Schuhindustrie mit 41,3, in der Porzellanindustrie mit 41,1 und in der Papierwarenindustrie mit 40,2 Stunden.

## Konsumgenossenschaften und Weltwirtschaftskrise

Die Weltwirtschaftskrise ist bis zu einem gewissen Teil auf die überstarke Rationalisierung in den letzten Jahren zurückzuführen. Es galt, um jeden Preis zu produzieren, um der Konkurrenz den Rang abzulaufen. Ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Konsums, ohne Rücksicht auf die Absatzmöglichkeiten wurde die Produktion weiter ausgebaut. Vor allem wurden die zur Herstellung von Produktionsmitteln bestimmten Produktionsanlagen vermehrt und vergrössert. Dadurch wurden riesige Kapitalien investiert, welche die Unternehmungen belasten, ohne Nutzen zu bringen. Die Folge waren Zusammenbrüche und Produktionseinschränkungen. Die Massenarbeitslosigkeit bedeutet eine fortgesetzte Minderung der Kaufkraft.

Wie die Rationalisierung die menschliche Arbeitskraft in der Landwirtschaft entbehrlich macht, kann man in Amerika sehen. Eine nordamerikanische Fachzeitschrift berichtet: „In der Zeit, als das Getreide mit der Sichel geschnitten und mit dem Dreschflügel gedroschen wurde, benötigte man 35 bis 50 Arbeitsstunden, um einen Acre mit 15 Bushel Getreide abzuernten und zu dreschen. Die Einführung der Sense ermöglichte eine Arbeitersparnis von ungefähr 10 Stunden pro Acre. Heute brauchen die Landwirte von grossen Gütern 5 bis 6 Stunden zur Ernte eines Acres Getreide, wenn sie zum Schneiden und Binden eine Bindemaschine und zum Dreschen eine stehende Dreschmaschine benutzen. Beim Abernten mit einem Köpfer und darauffolgenden Drusch mit einer Dreschmaschine braucht man 3 bis 4 Stunden, während mit Hilfe eines Mähdreschers die Arbeit in  $\frac{1}{4}$  Stunde erfolgen kann. In den Vereinigten Staaten stieg die Zahl der hergestellten Mähdrescher von 270 im Jahre 1914 auf 36957 im Jahre 1929. Im Staate Kansas allein gab es im Jahre 1918 nur 17 Mähdrescher, heute zählt man deren ungefähr 25000.“

Von der Weltwirtschaftskrise sind auch die Konsumgenossenschaften nicht unberührt geblieben. Um im Konkurrenzkampf nicht zu unterliegen, müssten auch sie ihre Betriebe rationalisieren. Die Konsumgenossenschaften und die aus ihnen herausgewachsenen Produktionsbetriebe haben sich kräftig entwickelt, aber sie bilden nur einen geringen Bruchteil der Landes- oder gar der Weltproduktion. Die gesamte Schwer- und Maschinenindustrie, die Landwirtschaft, die Bergwerke und andere grosse Industrien sind von der Konsumgenossenschaft gar nicht oder nur zu ganz verschwindendem Bruchteil erfasst. Dabei werden aber die Konsumgenossenschaften selbst durch die Wirtschaftskrise schwer betroffen, da es ihren Mitgliedern, die durch die kapitalistische Wirtschaft zu Erwerbslosen oder Kurzarbeitern geworden sind, an Kaufkraft fehlt. Die Konsumgenossenschaften können aber die Folgen der Krise abschwächen, indem sie ihren Angestellten die Kaufkraft erhalten, die Warenpreise führend senken und für Abbruch der Zollmauern ihre ganze Kraft einsetzen. Das sind Massnahmen, mit denen leider die Krise nicht beseitigt, wohl aber ganz erheblich gemildert wird. Wäre die ganze Wirtschaft nach der Art der Planwirtschaft der Konsumgenossenschaften geführt worden, so würden wir wohl nicht eine Krise in diesem Ausmass erlebt haben.

Zur Erklärung der Weltwirtschaftskrise wird auf die Überproduktion hingewiesen. Man kann aber nicht von einer Überproduktion reden, wenn in Amerika Weizen in Massen verfeuert wird, zugleich aber die Erwerbslosen ihren Brotgenuss einschränken müssen, weil ihnen eben die nötige Kaufkraft fehlt. Ähnlich ist es auch mit anderen Artikeln. Jetzt mütet man den Konsumenten zu, den dreifachen Weizenpreis zu zahlen. Die Konsumgenossenschaften regulieren die Preise, indem sie die Gewinnspanne niedrig halten, aber auch sie unterliegen der verkehrten Zollpolitik.

Die Ansichten über die Ursachen der Krise und die Wege zu ihrer Überwindung gehen noch weit auseinander. Und wo die Wahrheit erkannt ist, fehlt es oft an Mut, den richtigen Weg konsequent zu gehen. In dieser Hinsicht sind die Konsumgenossenschaften vorbildlich. Wir müssen sie nach Kräften stärken, denn mit ihnen heben sich auch die Macht und der Einfluss der Arbeiterklasse. Paul Schiller (Zeulenroda).



# Wie Zusammenbrüche entstehen

Nach der Meinung der massgebenden Unternehmerkreise und ihnen gesinnungsverwandter Propheten sind die Zusammenbrüche vieler Unternehmungen infolge der Begehrlichkeit der Arbeiter entstanden, wie ja überhaupt an der Wirtschaftskrise nach Ansicht dieser Kreise die Arbeiter die allein Schuldigen sind. Die Ursache vieler Firmen-zusammenbrüche ist aber nicht in den angeblich zu hohen Löhnen und Gehältern zu suchen, sondern in dem allzu grossen persönlichen Aufwand vieler Unternehmer in Industrie und Handel. Diese Feststellung hat vor einiger Zeit kein Geringerer als der stellvertretende Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Abraham Frowein, getroffen. Frowein führte damals wörtlich aus:

„Ich habe bei Zusammenbrüchen von Grosshandelsfirmen, in die ich Einblick nehmen konnte, immer wieder feststellen können, dass das Unglück hätte vermieden werden können, wenn nicht die absolut notwendige Einschränkung des persönlichen Aufwandes überhaupt nicht oder zu spät erfolgt wäre.“

In ähnlicher Weise hat sich die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Leipzig in ihrem Geschäftsbericht ausgelassen und auch in der „Kölnischen Volkszeitung“ am 7. Februar 1930 der Amtsgerichtsrat Dr. Brass in Köln.

Ein Musterbeispiel der letzten Zeit für diese Art des Zusammenbruchs einer grossen Firma ist die Firma Gebr. Haldy, Holzgrosshandlung G. m. b. H. und Bank, Saarbrücken, deren Zusammenbruch im April dieses Jahres ein gerichtliches Nachspiel hatte und mit der Verurteilung der leitenden Persönlichkeiten endete. Einzelheiten aus dem Prozess sind typisch für die Art, in der heute grosse Unternehmen geleitet und dem Ruin entgegengeführt werden.

In der Urteilsbegründung heisst es an einer Stelle: Demgegenüber hätten sie einen übermässigen Aufwand getrieben. In diesen Fällen seien die beiden Angeklagten für schuldig befunden. Sie hätten selbst zugegeben, dass fingierte Kundenkonten, Geheimkassen oder ähnliches geführt worden seien. Die Belege zu den der Geheimkasse gehörenden Büchern seien nicht vollständig vorhanden. Es seien recht erhebliche Beträge auf diese Konten gebucht worden, mit denen man Tantiemen, Dividenden usw. ausgezahlt habe. Es sei ihnen zur Last gelegt, durch übermässig hohen Aufwand zu hohe Summen verbraucht zu haben. Unter den Begriff Aufwand falle alles, was das Mass des Notwendigen und Üblichen nicht übersteige. Für die drei Gesellschafter und Vorstandsmitglieder der Haldy-Bank seien von den Geschäftsführern der G. m. b. H. in den vier Jahren von 1926 bis 1928 für Dividenden, Tantiemen, Gehälter und Spesen aus dem Betrieb rund 880 000 Reichsmark und über 3 Millionen Franken für sechs Personen entnommen worden. Ende 1928 und Anfang 1929 habe man den Autopark durch Ankauf von Luxusautos erheblich vergrössert. Infolge Differenzen mit dem Vorstand hätte einem ausscheidenden Beamten eine Abfindung von 50 000 oder 60 000 Mk. gezahlt werden müssen. Diese Ausgaben stellten eine übermässige Entnahme von Geldern dar. Die angeklagten leitenden Persönlichkeiten hätten ausserdem verschiedene Bilanzen aufgestellt, eine Buchbilanz für die Steuerbehörden und eine Erfolgsbilanz für geschäftliche Zwecke. Wohl gemerkt, es handelt sich um eine hochangesehene Firma.

Solche Prozesse erhellen blitzartig die Lage. Sie zeigen, was für eine Verschwendung in der privaten Wirtschaft getrieben wird, obwohl die allgemeine Not immer höher und höher steigt. Was die leitenden Personen der privaten Unternehmungen verdienen, ist nur sehr schwer zu ermitteln. Nur aus solchen Prozessen werden plötzlich die ungemein hohen Gehälter und sonstigen Einnahmen der leitenden industriellen Persönlichkeiten bekannt. Das zeigt, dass sie trotz der schlechten Lage persönlich noch recht gut wegkommen. Man muss die Dreistigkeit bewundern, mit der dieselben Kreise dann verlangen, was ein Holzindustrieller im „Holzmarkt“ vom 20. Mai 1931 kaltschnäuzig niederschreibt:

„Die Lohnhöhe muss und wird zwangsläufig so weit herunter müssen, dass sie höchstens den Lebenshaltungsindex (etwa 135 Prozent) erreicht.“

Aus diesen Sätzen spricht nichts weiter als der geistige Bankrott der deutschen Unternehmer, die aus der Wirtschaftskrise keinen anderen Ausweg finden können als durch die Verelendung der Arbeiter und Angestellten. In der „Vossischen Zeitung“ schreibt Dr. Richard Lewinsohn am 20. Mai 1931 über die Tagung der Internationalen Handelskammer in Washington:

„Die Hilflosigkeit, mit der die Leiter der Wirtschaft der Krise gegenüberstehen, ist erschreckend...“

Es war der tragische Höhepunkt dieses Kongresses, als der Präsident der First National Bank von Chicago, Melvin A. Traylor, ein Selfmademan, der sich in jungen Jahren vom Strassenfeger zu einer der angesehensten amerikanischen Finanzgrössen emporgearbeitet hat, aufstand, sich an die Brust schlug und in den Saal hineinrief: Wo sind die Industriellen, die vor dem Zusammenbruch rechtzeitig gewarnt haben? Wo sind die Finanziers, die sich dem Expansionsdrang der Industrie entgegengestellt haben? Wo sind die Bankleute, die das Publikum vor waghalsigen Spekulationen bewahrt haben?...

Das Bild rundet sich, wenn wir noch eine Zuschrift an die der Industrie nahestehende „Kölnische Zeitung“ (Nr. 272, 1931) veröffentlichen, die einen Aufsatz mit der Überschrift „Ist das kaufmännische Moral?“ gebracht hatte. Es heisst darin:

„Kredit und Vertrauen werden heute in fast 100 Prozent aller Fälle in einer Weise ausgenutzt, die zur Zerstörung jeder kaufmännischen Moral führen und als Missbrauch bezeichnet werden muss...“

Und noch etwas tut not! Verträge müssen in vollem Umfange eingehalten werden, man darf nicht glauben, dass bei absinkenden Preisen plötzlich ein Recht entsteht, Abnahmeverpflichtungen einfach nicht mehr zu erfüllen.“

Wissen die leitenden Wirtschaftskreise, dass sie sich dadurch selbst das Todesurteil sprechen und nur bestätigen, was Professor Bonn in seinem Aufsatz über die Krise des Kapitalismus ausgeführt hat, dass sich dieser Kapitalismus selbst untergräbt, wenn er an Verträge glaubt und sich über die einfachsten moralischen Hemmungen und Bedenken hinwegsetzt?!

## Weniger, aber grössere Aktiengesellschaften

Die Zahl der Aktiengesellschaften hat in den letzten Jahren abgenommen: von 1926 bis zum 1. Januar 1931 um 2040. Verschwunden sind in der Hauptsache viele Inflationsgründungen, die von vornherein keine gesunde Grundlage hatten. Aber die Aktiengesellschaften, die das stürmische Auf und Nieder der Wirtschaft überstanden haben, sind heute finanzkräftiger als früher. Obwohl die Zahl der Gesellschaften zurückgegangen ist, ist das gesamte Nominalkapital in dem angegebenen Zeitraum um 5071 Millionen Mark auf 24 189 Millionen Mark gestiegen. Während 1926 auf eine Aktiengesellschaft durchschnittlich 1,5 Mil-

lionen Mark kamen, waren es 1931 2,2 Millionen Mark. Über den Stand jeweils am Jahresanfang unterrichtet folgende Zusammenstellung:

Jahr	Zahl der AG.	Nominalkapital in Millionen Mark insgesamt	durchschnittl.
1926	13 010	19 121	1,5
1927	12 343	20 655	1,7
1928	11 966	21 542	1,8
1929	11 960	22 885	2,0
1930	11 344	23 728	2,1
1931	10 970	24 189	2,2

In welchem Masse die Konzentration des Aktienkapitals fortgeschritten ist, veranschaulichen am besten folgende Angaben: Die Zahl der kleinen Aktiengesellschaften (unter 500 000 Mk. Kapital) und die der mittleren (500 000 bis unter 5 Millionen Mark Kapital) ist ständig zurückgegangen, dagegen ist die Zahl der grossen Aktiengesellschaften (5 Millionen Mark und mehr Kapital) stark gestiegen: von 1927 bis 1930 um 84 auf 782. Noch stärker stieg das Nominalkapital der grossen Gesellschaften, nämlich von 14 787 auf 17 642 Millionen Mark. Mehr als die Hälfte (52 Prozent) des gesamten Nominalkapitals befinden sich in Händen von nur 189 Aktiengesellschaften.

Die fünf grössten Aktiengesellschaften sind: I. G. Farbenindustrie AG. mit 1100 Millionen Mark, Vereinigte Stahlwerke AG. mit 800 Millionen Mark, Berliner Verkehrs-AG. mit 400 Millionen Mark, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft mit 285 Millionen Mark und Gelsenkirchener Bergwerks-AG. mit 263 Millionen Mark Nominalkapital.

Die Höhe des Aktienkapitals lässt die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Gesellschaften aber noch nicht klar erkennen. Noch wichtiger sind ihre finanziellen Beteiligungen. Viele, ja wohl fast alle grösseren Aktiengesellschaften sind noch an vielen anderen Unternehmungen finanziell stark beteiligt, oft so stark, dass sie diese fest in der Hand haben. Und so sind sie die tatsächlichen Beherrscher der deutschen Wirtschaft.

## Die Arbeitszeit muss verkürzt werden

In amtlichen Kundgebungen der Bundesregierung der Vereinigten Staaten werden Betrachtungen über die Möglichkeiten der Betriebsrationalisierung angestellt. Es heisst da unter anderem:

„Wenn alle Hochöfen der USA. so rationell arbeiten würden wie die beste der bestehenden Anlagen, so würden 3000 Mann pro Jahr so viel Roheisen herstellen können wie zurzeit 28 000 Arbeiter. In der Sägemühlenindustrie würden 45 000 Mann die Arbeit von 292 000 verrichten, in den Kohlengruben 420 000 Mann die Arbeit von 750 000, in der Schuhindustrie 81 000 die Arbeit von 200 000 Mann. Wenn auf dem Gebiete der Landwirtschaft alle amerikanischen Staaten so rationell arbeiten würden wie der Staat Illinois, so würden 3,5 Millionen Landwirte und Landarbeiter gleich viel produzieren wie früher 8,1 Millionen in der Landwirtschaft beschäftigte Frauen und Männer.“

Wer sich die Bedeutung dieser Zahlen vergegenwärtigt, wird erkennen, dass eine starke Verkürzung der Arbeitszeit eine zwingende Notwendigkeit ist, wenn katastrophale Folgen verhütet werden sollen, deren Opfer dann aber die Arbeiter nicht allein sein würden.

## Rechtsanwälte und Gewerbesteuer

Seit etwa 1 1/2 Jahren sind auch die Angehörigen der freien Berufe zur Zahlung von Gewerbesteuer verpflichtet. Zu dieser Berufsgruppe zählen auch die Rechtsanwälte. Diese Erweiterung des Kreises der Gewerbesteuerpflichtigen war erfolgt, um die notwendigen Staatsmittel von Schichten zu erhalten, die bisher im Vergleich zu den übrigen Schichten des Mittelstandes noch relativ gering belastet waren. Die Anwälte, wenigstens ein Teil von ihnen, haben aber diese Absichten illusorisch gemacht. Sie setzten ihren Klienten den entsprechenden Betrag der Steuer auf die Kostenrechnung. Eine gang offene Steuerüberwälzung, denn sie fügten ihren Rechnungen einfach eine neue Rubrik an: „Für Gewerbesteuer ... Mk.“ Diesem Zustand hat eine Entscheidung des preussischen Kammergerichts, ergangen am 10. November 1930, Aktenzeichen 20 W 7679/30, ein Ende gemacht. In dem betreffenden Beschluss des höchsten preussischen Gerichts wird ausgesprochen, dass eine derartige Steuerabwälzung unzulässig sei. Jeder, der die Dienste eines Anwalts benötigt, sollte darauf achten, dass entsprechend dem vorgenannten Entscheid nur die in der Gebührenordnung für Rechtsanwälte festgesetzten Beträge gefordert werden. K. L.

## Fremdenheim im Volkshaus Dresden

Die früher im Dresdener Volkshaus unterhaltene Herberge, die 80 Betten umfasste, ist dem Kriege und seinen Folgen zum Opfer gefallen. Die Räume dienten während des Krieges Lazarettzwecken und später mussten sie zu der notwendig gewordenen Erweiterung der Gewerkschaftsbüros in Anspruch genommen werden. Der im September 1930 in Betrieb genommene Erweiterungsbau des Volkshauses hat die Möglichkeit gegeben, dem lebhaft empfundenen Mangel einer angemessenen Unterkunft für reisende Gewerkschaftsmitglieder abzuhelfen. Mit dem, was man sich früher unter einer Herberge vorstellte, hat aber das in dem Grundstück Maxstr. 13 untergebrachte Fremdenheim wenig gemein.

Im Erdgeschoss sind schöne, in hellen Farben gehaltene Aufenthalts- und die notwendigen Wirtschaftsräume eingerichtet. Hier gibt es Speise und Trank zu erschwinglichen Preisen. In den vier Obergeschossen sind die Fremdenzimmer eingerichtet. Hier von ist das 1. und 4. Obergeschoss als billiges Hotel mit fliessendem kaltem und warmem Wasser vorgesehen.

Im 2. und 3. Obergeschoss befinden sich die Betten für die „Fremden“, aber nicht in Schlafsälen, sondern in Zimmern zu zwei bis sechs Betten. Jeder „Fremde“ hat seinen Schrank zum Unterbringen der Sachen. Die Zimmer sind mit Zentralheizung ausgestattet. In den Obergeschossen sind Brausebäder untergebracht. Wer das erstmal übernachtet, muss ein Bad nehmen und wird auch auf etwa mitgebrachte „Lebewesen“ untersucht. Ein Desinfektionsapparat steht für diese Zwecke zur Verfügung. Eine gemeinsame Wascheinrichtung mit kaltem und warmem Wasser ist ebenfalls vorhanden. Der Preis für diese Übernachtung beträgt 1,50 Mk., in den anderen Obergeschossen 2 Mk. und 3 Mk. je Bett.

## Sozialistische Schulungskurse

Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet auch in diesem Jahre in Verbindung mit den Bezirksbildungsausschüssen eine Anzahl von Schulungskursen, die je eine Woche dauern und die den Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterorganisationen die Möglichkeit bieten, unter sachkundiger Leitung sich in ein bestimmtes Fragegebiet zu vertiefen. Die Kurse finden in schön gelegenen Heimen statt, die den Teilnehmern auch Möglichkeit zur körperlichen Erholung bieten. Die Kosten für Verpflegung und Unterkunft sind so niedrig wie möglich berechnet. Die Teilnehmergebühr beträgt für jeden Kursus 5 Mk. Anmeldungen für die Kurse sind entweder an das Sozialdemokratische Parteisekretariat des betreffenden Bezirks oder an den Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstrasse 3, zu richten.

**BISTDU schon Verbandsmitglied? Alle Kollegen u. Kolleginnen müssen hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband.**





# Aus dem Verbandsleben



## Mitteilung des Vorstandes

Nachdem Kollege Fritz Heinemann, früher Gauvorsteher in Frankfurt a. Main, bereits am 1. März 1930 als Stellvertreter für den erkrankten Kollegen Karl Jahn in das Hauptbüro eingetreten war, haben Vorstand und Ausschuss nunmehr, nachdem Kollege Jahn verstorben ist, den Kollegen Heinemann zum besoldeten Vorstandsmitgliede gewählt.

Der Verbandsvorstand.

## Was wird in Berlin?

Es soll ein Grundsatz des alten deutschen Rechtes gewesen sein, dass der Verurteilte drei Tage lang das Urteil schelten dürfe. Ob das richtig ist, wissen wir nicht, aber die Unternehmer des Berliner Holzgewerbes nehmen dieses Recht für sich in Anspruch und machen davon reichlich Gebrauch. Herr Haertlein sagt im „Deutschen Holzgewerbe“, dass die Ablehnung der Verbindlicherklärung des Körnerschen Schiedsspruches auf Arbeitgeberseite nicht überrascht habe. „Sie war nach dem Artikel in dem Organ des ADGB zu erwarten“. Er hätte hier auch die „Holzarbeiter-Zeitung“ nennen können. An beiden Stellen war der Widersinn und die Unhaltbarkeit der Leistung des Berliner Schlichtungsausschusses so überzeugend dargetan, dass die Verbindlicherklärung ganz unmöglich war.

Herr Haertlein nennt die Begründung der Ablehnung „ein Musterbeispiel gequälter Stilistik“. Und dann weiter: „Das schreibt nicht ein x-beliebiger kleiner Bürokrat, sondern ein ehemaliger Reichsarbeitsminister als Schlichter eines der grössten Wirtschaftsbezirke des Reiches!“ Wir wollen auf Einzelheiten der Kritik, die Herr Haertlein an der Begründung der Ablehnung übt, nicht eingehen, nur eine Bemerkung: Wir haben nachgewiesen, und auch die Begründung des Schlichters hebt das an einzelnen Beispielen hervor, dass der Schiedsspruch des Herrn Körner den Unternehmern noch mehr zugesteht, als sie gefordert haben. Herr Haertlein sagt dazu: „Einige Selbstverständlichkeiten — Gesten — des alten Tarifs sind im Schiedsspruch nicht mehr enthalten. Das tadelt die Begründung des Schlichters, weil die frühere Arbeitgebervorlage sie enthalten habe. Ist das ein Grund zur Ablehnung?“ Eine sehr bequeme Manier, wichtige Tatsachen zu bagatellisieren.

In der „Fachzeitung“, wo Herr Paeth seiner Unzufriedenheit mit der Entscheidung des Schlichters Ausdruck gibt, wird dieser Gegenstand anders angefasst. Zur Kompensation des Umstandes, dass der Schiedsspruch Punkte enthält, die die Unternehmer gar nicht gefordert hatten, weist er auf die Tatsache hin, dass der Schiedsspruch manche Forderungen der Unternehmer unberücksichtigt lässt. Mit einer solchen Argumentation braucht man sich nicht auseinanderzusetzen. Aber wir wollen doch feststellen, dass Herr Paeth für den Schiedsspruch des Herrn Körner auf mildernde Umstände plädiert. Eine Reihe von Bestimmungen dieses Schiedsspruches, die wir scharf kritisiert haben und die auch in der Begründung des Schlichters bemängelt wurden, hätten, wie Herr Paeth ausführt, gar nicht die Bedeutung, die ihnen beigelegt wurde. Das ist die schärfste Kritik, die an dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses geübt wurde. Ihm wird also auch von Unternehmerseite attestiert, dass er es nicht vermocht hat, seine Gedanken klar auszudrücken; auch Herr Paeth bestätigt ihm, dass er in seinem Schiedsspruch manches gesagt hat, was er gar nicht meinte. — Und dann Räuber und Mörder, wenn ein so mangelhafter Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt wird.

Der Schiedsspruch ist erledigt. Aber was nun? Herr Haertlein beantwortet diese

Frage, die auch er aufwirft, mit folgenden Worten: „Das schwer leidende Berliner Holzgewerbe wird aber nochmals den Versuch machen, die staatlichen Organe, die sich bei passender Gelegenheit immer so besorgt um den Mittelstand aufspielen, an ihre Pflicht zu erinnern. Diese Pflicht besteht darin, ein zusammengebrochenes Gewerbe zu schützen.“

Der Sinn dieser Worte ist reichlich dunkel. Nachdem die berufene staatliche Stelle, nämlich der Berliner Schlichtungsausschuss, so glänzend versagt hat, läge es vielleicht näher, dass die Unternehmer vom hohen Ross herabsteigen und anerkennen, dass auch die Berliner Holzarbeiter zu dem daniederliegenden Gewerbe gehören. Wenn man unter dieser Voraussetzung an die Schaffung eines Tarifvertrages herangeht, dann ist es gar nicht ausgeschlossen, dass man ohne die Inanspruchnahme staatlicher Organe eine Lösung findet. Vorbilder sind im deutschen Holzgewerbe zur Genüge vorhanden.

## Hugo Kükelhaus gestorben

Der Rheinisch-Westfälisch-Lippesche Tischler-Innungsverband betrauert den Tod seines Begründers und langjährigen Führers, Herr Hugo Kükelhaus ist am 20. Mai im Alter von 61 Jahren gestorben. Der Verstorbene war ein Mann eigener Prägung. Der berufsständische Gedanke, der im Innungswesen seinen Ausdruck findet, wurde von Kükelhaus mit grossem Eifer vertreten. Dabei war er aber bemüht, von diesem im Mittelalter wurzelnden Gedanken die Brücke zu moderner Denkweise zu schlagen. Wir haben Kükelhaus oft als Gegner bekämpft, aber er war ein Gegner, dem wir ob seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit stets Achtung gezollt haben. Als Ehrenmann wird er auch in der Erinnerung der Arbeiter fortleben, die mit ihm zu tun hatten.

## Wirtschaftskrise und Agitation

Auch in Zeiten der Wirtschaftskrise kann erfolgreiche Werbetätigkeit für den Verband geleistet werden. Die noch in Arbeit stehenden Kollegen müssen, soweit sie noch nicht organisiert sind, mit allen Mitteln dahin gebracht werden, dass sie sich unserem Verband anschliessen. Aber auch um die Arbeitslosen müssen wir uns kümmern. Erwerbslose können laut Statut nicht Mitglied unseres Verbandes werden, das darf uns aber nicht abhalten, gerade diese Kollegen von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, damit sie, wenn sie wieder in Arbeit treten, den Weg zum Verband um so leichter finden. Es ist nicht immer leicht, an die Unorganisierten heranzukommen, und um Ausreden sind die meist nur Beitragsscheuen auch nicht verlegen. Mit Liebe zur Sache, Überzeugungstreue und der nötigen Ausdauer kann aber recht erfolgreiche Arbeit geleistet werden. Helfen dazu noch alle Kollegen mit, ohne sich immer nur auf die Funktionäre zu verlassen, kommen wir bestimmt ein grosses Stück vorwärts. Vor allem in kleineren und mittleren Orten, wo der Kleinbetrieb noch vorherrschend ist, ist diese Werbearbeit unbedingt notwendig. Bei einigermaßen gutem Willen dürfte diese Agitation auch nicht gar zu schwer sein.

Die Elemente, welche heute die RGO. propagieren, haben ihre Kurzsichtigkeit und Unkenntnis geradezu glänzend unter Beweis gestellt. In allen Tonarten wurden die Gewerkschaften wegen ihrer Tarifpolitik von jenen beschimpft und bekämpft. Im Zeichen der jetzigen Wirtschaftskrise dürfte wohl allen Kollegen klar sein, dass wir, wenn es keine Tarifverträge gäbe, noch für weit niedrigere Löhne arbeiten müssten, als es so schon der Fall ist. Gerade die Unorganisierten, und nicht zuletzt die „Radikalen“, würden zum Unternehmer laufen und ihre Arbeitskraft, sei es auch um weniger Lohn, anbieten.

Manche Kleinmeister stellen mit Vorliebe Lente vom Lande ein, denen sie geringeren

Lohn zahlen. Ein Ausgleich wird geschafft, indem man die Leute 10 und mehr Stunden pro Tag beschäftigt. Handelt es sich um junge, erst ausgeleitete Kollegen, dann heisst es gewöhnlich: Der kann ja nichts, der muss erst noch etwas lernen. Der Geselle glaubt es dann oft selbst und ist froh, einen menschenfreundlichen Unternehmer gefunden zu haben. In Wirklichkeit ist er nur Ausbeutungsobjekt. Das muss endlich einmal anders werden, deshalb heisst es agitieren, auch in der gegenwärtigen Krise. Hinaus aufs Land, auch dort Aufklärung schaffen! Wenn es sich auch nur um wenige Kollegen handelt, die Arbeit lohnt doch. Wir schaffen uns dadurch die Lohndrücker und Überstundenschieber vom Halse.

Grosser Wert ist auf den Ausbau der Jugendgruppen zu legen. Wo keine vorhanden sind, müssen solche gegründet werden, denn in der Jugend liegt unsere Zukunft. Erfahrungsgemäss werden kleine und mittlere Verwaltungsstellen mit vielen Kleinmeistern, demzufolge vielen Lehrlingen, durch Jugendarbeit finanziell, ganz abgesehen von persönlichen Opfern der Funktionäre, schwer belastet. Das darf uns nicht schrecken, hier muss die Hauptkasse helfen, wo geeignete Jugendleiter nicht vorhanden sind, müssen die Gaujugendleiter einspringen. Wenn es nur wenige Jugendliche sind und alle Monate nur eine Zusammenkunft stattfinden kann, abgehalten muss sie werden, es ist die erfolgreichste Arbeit für die Zukunft. Auch im Hinblick auf unseren Verband gilt die Frage: Wo bleibt der zweite Mann? P. K. (Schweinfurt).

## Parkettleger in Breslau

Nach langwierigen Verhandlungen ist es gelungen, den alten Manteltarifvertrag für das Parkettlegergewerbe, der am 31. März abgelaufen war, mit unbedeutenden Änderungen bis zum 31. März 1932 zu verlängern. Der Lohn- und Akkordtarifvertrag ist erst am 29. Januar 1931 mit Geltung bis 31. März 1931 abgeschlossen worden. Schon damals suchten die Unternehmer die Akkorde stark herabzudrücken. Jetzt hatten sie den Tarif gekündigt zu dem ausgesprochenen Zweck, die Bestimmungen des Lohn- und Akkordtarifvertrages für das westdeutsche Parkettlegergewerbe durchzudrücken. Das ist ihnen nicht völlig gelungen. Bei dem Abschluss musste auf die örtliche Arbeitsweise Rücksicht genommen werden, doch kann das Ergebnis nicht völlig befriedigen. Aus manchen Anzeichen muss geschlossen werden, dass bei den Unternehmern Stimmung für die Schaffung eines Reichstarifs vorhanden ist, wobei der Tarifvertrag für das Westdeutsche Parkettlegergewerbe als Vorbild dienen soll. So ganz glatt wird das allerdings nicht gehen, zumal es auch bei den Unternehmern an einer umfassenden Organisation fehlt.

## Erzgebirgische Spiel- und Holzwarenindustrie

Durch den Schiedsspruch des Lohnamtes vom 13. Januar ist der Tariflohn an der Spitze von 82 Pf. auf 76 Pf. herabgesetzt worden. Die Abbauwünsche der Unternehmer waren viel weiter gegangen, und sie erreichten auch bei den Nachverhandlungen vor dem Schlichter, dass die Laufzeit des Lohnabkommens statt, wie der Schiedsspruch festgesetzt hatte, bis zum 31. Dezember nur bis zum 31. Mai festgelegt wurde. Prompt haben sie das Lohnabkommen auch zu diesem Zeitpunkt gekündigt, und das Lohnamt hat nunmehr am 26. Mai einen Spruch gefällt, der den Lohn an der Spitze auf 74 Pf. herabsetzt. Die Kündigung des Lohnabkommens soll erstmalig zum 31. Dezember zulässig sein. Die Erklärungsfrist der Parteien läuft bis zum 6. Juni.

Mit Löffeln tiefen Kinnern  
ist am 23. Wofenbauung fällig

## Gegen Treu und Glauben

Das Verhalten des Nordwestdeutschen Tischlerinnungsverbandes bei der Sabotierung des Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe vom 5. Juni 1929 verstösst gegen Treu und Glauben. Diese Feststellung hat das Landesarbeitsgericht Hannover in einem am 21. April 1931 verkündeten Urteil getroffen.

Es handelte sich um einen Teil der grossen Aktion, die der berühmte Dr. Schild gegen den Mantelvertrag vom 5. Juni 1929 unternommen hat. Mit einer Reihe von Prozessen, durch welche er die Ungültigkeit des Vertrages feststellen lassen wollte, hat er aber überall Niederlagen erlitten. In der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 3. Dezember 1930 wurde schliesslich ausdrücklich festgestellt, dass der Mantelvertrag rechtmässig zustande gekommen ist.

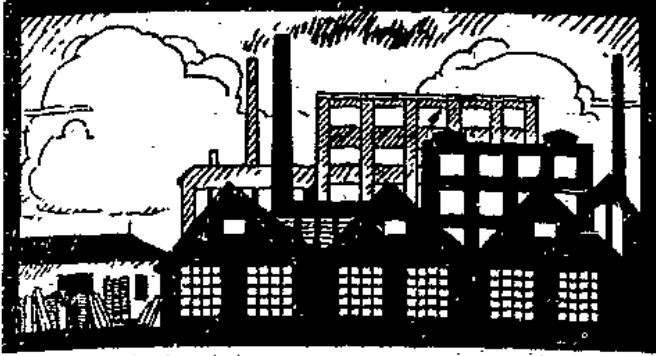
In dem vorliegenden Fall ist eine besondere Seite in der Aktion des Herrn Dr. Schild beleuchtet worden. Er hat das Zustandekommen eines Bezirkstarifvertrages für den Bezirk Niedersachsen verhindert, indem er gleich nach Abschluss des Mantelvertrages die Auflösung des Kartells von Unternehmerorganisationen veranlasste. Infolgedessen gab es im Bezirk Niedersachsen keine ausdrücklich vereinbarte Ortsklasseneinteilung und keinen Ortsklassenschlüssel. Der zentral festgesetzte Ecklohn galt nur für die Stadt Hannover. Herr Dr. Schild und die Seinen schlussfolgerten daraus, dass, wenn es für die übrigen Orte des Bezirks keinen formell festgesetzten Tariflohn gibt, auch die Lehrlingsbestimmungen auf sie nicht anwendbar seien. Die Lehrlingsentschädigung ist ja in Prozenten des Tariflohnes ausgedrückt und kann mangels eines Tariflohnes für Facharbeiter nicht berechnet werden.

Der beklagte Lehrmeister ist Mitglied der Tischlerinnung in Bückeburg, die durch die Zugehörigkeit zum Nordwestdeutschen Tischlerinnungsverband dem Mantelvertrag unterstand. Vor dem Arbeitsgericht Stadthagen ist er mit der angedeuteten Deduktion durchgedrungen, dort wurde die Klage des Lehrlings abgewiesen. Anders ging die Sache vor der Berufungsinstanz. Das Landesarbeitsgericht Hannover sagt in seinen Entscheidungsgründen, dass die in Frage kommenden Unternehmerorganisationen, die ihnen nach dem Manteltarifvertrag obliegende Pflicht, Bezirkstarifverträge abzuschliessen, nicht erfüllen und so die Bestimmungen des Manteltarifvertrages zu hintertreiben suchen. Das erscheint nicht angängig und verstösst, wie auch schon der Ausschuss für Lehrlingsstreitigkeiten im Kreise Alfeld in seiner Entscheidung vom 6. Januar 1931 ausgeführt hat, gegen Treu und Glauben.

An einer anderen Stelle befasst sich das Gericht mit dem Einwand, dass es mangels Abschlusses eines Bezirkstarifvertrages an einer Feststellung der Ortsklassen und Ortsklassenabstufung fehle und deshalb die Berechnung der vertraglichen Kostensätze nicht erfolgen könne. Das Gericht sagt dazu: „Auch dieser Einwand des Beklagten verstösst bei der ganzen Sach- und Rechtslage gegen Treu und Glauben und ist nur vorgebracht, um die Bestimmungen des Manteltarifvertrages vom 5. Juni 1929 zu sabotieren.“

Das Gericht hat sich an die alte Ortsklasseneinteilung gehalten, da auch von der Unternehmerorganisation nichts vorgebracht wurde, was auf die Absicht einer Änderung schliessen lässt. Dementsprechend wurde der beklagte Lehrmeister zur Nachzahlung von 271,23 Mk. verurteilt. Wichtiger als dieser materielle Erfolg ist das vernichtende Urteil, welches das Gericht über die Praktiken des Herrn Dr. Schild gefällt hat.





# Holzindustrie



## Im Reiche der weissen Sklaven

Das Holzdumping der Sowjetregierung hat die Weltöffentlichkeit bereits einige Male beschäftigt. Das Wort von „russischer Sklavenarbeit“ ist dabei zuerst in den Vereinigten Staaten gefallen. Gar mancher Leser mochte es daher wohl der allbekannteren amerikanischen „Vergrößerungssucht“, gesteigert noch durch Konkurrenz motive, zugeschrieben haben. Überhaupt erschien bisher diese Arbeit in den russischen Waldgebieten in der ausser-russischen Öffentlichkeit mehr als etwas Sagenhaftes, unter dem man sich nichts Reales vorzustellen vermochte. Um so mehr ist es zu begrüssen, wenn neuerdings ganz konkrete Angaben in dieser Angelegenheit vorliegen.

Die Abholzungsarbeiten finden hauptsächlich in zwei russischen Waldgebieten statt: dem von Archangelsk und dem von Murmansk (letzteres Gebiet — etwa 68 Grad nördlicher Breite — liegt bereits in der Polarregion), und zwar in den dortigen Konzentrationslagern.

Über das Konzentrationsgebiet von Archangelsk macht der russische Ingenieur U., der von 1925 bis 1930 dem „Rat für Arbeit und Verteidigung“ („STO“) zugeteilt war und in dieser Eigenschaft den Dneprstroj, das Donetzbecken und schliesslich auch das Waldgebiet von Archangelsk inspizierte, heute aber Sowjetrussland verlassen hat, in den „Posl. Nowosti“ die folgenden Angaben:

Die Abholzungsarbeiten beginnen in der Gegend von Cholmogory und werden ausschliesslich von Verbannten geleistet, die in der weitaus überwiegenden Mehrzahl aus Bauern oder Arbeitern bestehen. Intellektuelle waren früher auch dabei, heute aber nur noch in verschwindend geringer Zahl; sie vertragen diese Arbeit nicht. Das Konzentrationslager gehört zum Reiche Menschinskis, des Vorstehers der GPU., und folgerichtig herrscht hier das Regime der GPU. Die Masse der Verbannten ist in Lokal distrikte von je 5000 Mann eingeteilt; jeder Distrikt wird von zwei Bataillonen der GPU. (800 Mann) bewacht. Die einzelnen Konzentrationslager sind von einem doppelten Drahtverhau umgeben.

„Schlimmer als Onkel Toms Hütte“, so kennzeichnet dieser Augenzeuge das Gefangeneregime. Die amerikanischen Neger leisteten zwar auch Zwangsarbeit, aber eins hatten sie wenigstens — Wärme des Klimas. Hier aber müssen die Verbannten in der grimmigsten Kälte arbeiten. Sie werden in Gruppen von je 50 Mann eingeteilt, die nach der Methode des „laufenden Bandes“ arbeiten: die gefällten Bäume müssen nach einem bestimmten Punkt gebracht werden, wo sie von einer anderen Gruppe weitergeschleift werden und so fort bis zur Schneidemühle. Auf je 10 Distrikte kommt eine Schneidemühle. Pferde oder Traktoren gibt es aber dabei nicht. Die Gefangenen müssen die gefällten Stämme mit den Händen schleppen; Handschuhe werden von der Lagerverwaltung nicht geliefert. Die Menschen quetschen sich unterwegs die Füsse ab, zerschneiden sich die Hände an den Stricken, erfrieren sich die Finger. Die völlig mangelhaften sanitären Verhältnisse (die Arbeiter hausen in feuchten Holzbaracken), das ungenügende ärztliche Personal (ein „Feldscher“ auf je 500, ein Arzt auf je 5000 Gefangene), die Ernährung (Kartoffeln und Heringe) führen zu einer erschreckenden Sterblichkeit. Krankheit gilt aber oft als Simulation. Weniger Leistungsfähige werden zur Strafe in sogenannte „Gruben“ (Keller von 2 Meter Tiefe, die 10 bis 15 Mann fassen) auf zwei bis drei Tage gesteckt. In solchen Verhältnissen „leben“ im Waldgebiet von Archangelsk an 600 000 Menschen.

Über die Verhältnisse im Wald von Murmansk (also über das noch weiter

nördlich, in der Nähe Finnlands gelegene Waldgebiet) berichtet in der gleichen Zeitung ein Mann, dem die Flucht aus einem der dortigen Konzentrationslager über die finnische Grenze gelungen ist. Auch er zieht einen Vergleich zwischen den „weissen Sklaven“ und den Negern. „Ein Sklave etwa in Liberia“, meint er nicht mit Unrecht, „wird gefüttert und behütet, um nicht das für ihn gezahlte Geld zu verlieren. Wir aber kosten den Sowjets nichts; fällt ein Verbannter kraftlos um, so stellt der Tschekist sofort einen anderen an seiner Stelle ein. Es liegt nur an den Transportverhältnissen, sonst kämen noch mehr Gefangene hierher.“ Kommt ein neuer Schub an, so wird nicht etwa vorgesorgt; erst nach vollendetem Arbeitstag müssen die Verbannten sich selbst einen Schuppen bauen. Bis dieser fertig ist, müssen sie — ob es draussen schneit, regnet oder stürmt — im Freien übernachten; sie lehnen sich an Baumstämme oder aneinander. Den fertigen Schuppen füllen etwa 400 Gefangene bis an den Rand. Denn nur durch das Dichtaneinanderschlafen kann eine Wärme erzeugt werden, bei der die am Tage durchnässten Kleider einigermaßen trocknen. Noch ehe es aber dämmt, ertönt das Pfeifensignal. Man erhält etwa 1 Pfund Kartoffeln, ein kleines Stückchen Brot und einen Hering, und dann geht es unter Bewachung (eine Wache auf vier Gefangene) in Gruppen von je 30 Mann zur Arbeit. Unterhaltung ist verboten. Jede Arbeitsgruppe ist für ihre Mitglieder im Falle der Flucht und dergleichen solidarisch haftbar. Die Entkräftung der Leute schreitet so schnell fort, dass sie oft nicht rechtzeitig den niedersausenden Bäumen ausweichen können. Tote werden an Ort und Stelle begraben — und dann geht die Arbeit sofort weiter. Der Monatslohn beträgt 5 Rubel. Aber selbst diese erhält man nicht in bar, sondern in Naturalien, und zwar vier Heringe und zwei Päckchen Tabak. Im Falle der Flucht wird die Verfolgung mit Spürhunden aufgenommen; die übriggebliebenen Mitglieder der betreffenden Arbeitsgruppe werden umzingelt und mit Handfesseln in die „Gruben“ abgeführt, um sie dort zu „verhören“ und ihnen Geständnisse abzupressen. Wird der Flüchtling gefasst, so wird er erschossen. Des Nachts werden bissige Hunde von den Ketten losgelassen. Die Lager werden von Holztürmen aus, die mit Maschinengewehr und Scheinwerfer ausgerüstet sind, beobachtet. Und dennoch sind unter diesem Regime, trotz der Todesdrohung, Fluchtversuche nicht selten, besonders in den Monaten August bis Oktober, unter dem Schutz von Regenfällen und dunklen Nächten.

Ein Briefwechsel mit der Aussenwelt ist verboten. Die Verwandten sind in völliger Ungewissheit, wo die aus ihren Heimatdörfern Abgeführten sind. Aber auch hier hat die russische Frau ihren altbewährten Mut nochmals gezeigt: wie ehemals nach Sibirien, so begleiten viele Frauen ihre Männer in das Gebiet dieser weissen Sklaverei, um ihr unmenschliches Los zu teilen, das in anderen, moralisch weniger verwirrten und abgestumpften Zeiten als die unsere sicher, wie ähnliche Vorfälle in der Geschichte zeigen, das öffentliche Gewissen erschüttert und wacherüttelt hätte.

Dr. E. Hurwicz.

## Ein kontinentaler Bleistifttrust

Die Konzentration in der Bleistiftindustrie macht weitere Fortschritte. Nachdem vor kurzem die Bleistiftfabrik vorm. Johann Faber AG. in Nürnberg und die Kohlen- und Noor-Bleistiftfabrik L. u. C. Hardtmuth in Budweis (Tschechoslowakei) eine Vereinbarung über ein gemeinschaftliches Vorgehen im rumänischen Geschäft abgeschlossen haben, kommt jetzt die Meldung, dass auch die A. W. Faber Castellbleistiftfabrik AG. in Stein bei Nürnberg mit bei der Partie ist. Alle drei Bleistiftfabriken sind, melden die Tageszeitungen, „dahin übereingekommen, sich zum Zwecke rationeller Ausnutzung ihrer Betriebe, wirtschaftlicher Organisation ihrer Verkaufsapparate und einheitlicher Leitung aller ihrer Unternehmungen zusammenzuschliessen. Die weitverzweigten, sich über die ganze Welt erstreckenden Interessen aller dieser Unternehmungen werden in einer Dachgesellschaft zusammengefasst werden. Die einzelnen Unternehmen bleiben in ihrer Selbständigkeit erhalten, so dass auch die Eigenart der verschiedenen Erzeugnisse und ihres Vertriebes unverändert bestehen bleibt.“

Der Trust umfasst ausser den grossen Werken der zwei deutschen Firmen in Nürnberg, Stein und Geroldgrün und der Fabrik von L. u. C. Hardtmuth in Budweis noch folgende Bleistiftfabriken: Hardtmuth Lechistan AG. in Krakau (Polen); Rumänische Bleistift-AG. in Hermannstadt; Lapis Johann Faber Ltd. in Sao Carlos (Brasilien) und Johann Faber Pencil Corporation in Wilmington (U.S.A.).

Die Johann Faber AG. beschäftigt zurzeit rund 400 (1923 waren es reichlich 1000), die A. W. Faber rund 800 (1923 waren es etwa 1100) und L. u. C. Hardtmuth rund 900 Personen. Alle drei Unternehmungen sind in der ganzen Welt bekannt und auf dem Weltmarkt die führenden Bleistiftfabriken.

Der Sitz des Bleistifttrusts ist noch nicht endgültig bestimmt, wahrscheinlich ist es ein Ort in der Schweiz. Das Stammkapital soll etwa 20 Millionen Goldmark betragen. Der Vorstand der neuen Gesellschaft besteht aus den Herren Dr. Czech von der Hardtmuth-Gesellschaft, Dr. Berthold Benecke von der Joh. Faber AG. und Dr. Konrad Hofmann von der A. W. Faber AG. Das Präsidium wird gebildet aus den Herren Roland Graf von Faber-Castell, Geheimrat Anton Knauer, Rechtsanwalt Dr. Valentin Stolz, Bankdirektor Carl Butzengeiger, Aufsichtsratsmitglieder der A. W. Faber-Castell Bleistiftfabrik AG., Dr. Anton Schifferer, Dr. Rudolf Weydenhammer, Aufsichtsratsmitglieder der Bleistiftfabrik vorm. Joh. Faber AG., und Dr. Freiherr von Herring, Aufsichtsratsmitglied der Hardtmuth-Gesellschaft.

Der Bleistifttrust wird folgende Erzeugnisse auf den Markt bringen: Bleistifte, Kopierstifte, Farbstifte, Kreiden, Präzisions-Reissmaschinen, Federhalter, Radiergummi, Drehstifte aus Hartgummi und Galalith.

## Norwegen und ausländische Möbel

Der Verband norwegischer Möbelfabrikanten führt gegenwärtig einen grossen Feldzug gegen ausländische Möbel. Von 1924 bis 1930 seien für 5 Millionen Kronen Möbel eingeführt worden. „Wenn diese Einfuhr nicht gewesen wäre, hätten weitere 700 norwegische Möbelfabrikanten dauernde und lohnende Beschäftigung gehabt.“ Der Grund für die überhandnehmende Möbeleinfuhr liege in der Abhängigkeit der norwegischen Importeure von den ausländischen Möbelfabrikanten, hervorgerufen durch ein weitverbreitetes Abzahlungssystem. Durch die starke Möbeleinfuhr werde nicht nur die norwegische Möbelindustrie schwer geschädigt, sondern auch das Publikum, denn die eingeführten Möbel seien häufig von schlechtester Qualität.

Dieser Angriff richtet sich wohl hauptsächlich gegen die belgische und die polnische Möbeleinfuhr. Deutschland führt nach Norwegen wenig Möbel aus; im Jahre 1930 war unsere Ausfuhr nach diesem Lande wesentlich kleiner als in den vorhergehenden Jahren. Nur für die Polstermöbelindustrie hat der norwegische Markt einige Bedeutung, und in den Veröffentlichungen der Norweger wird auch auf die „grosse Einfuhr deutscher Polstermöbel“ hingewiesen.

## Späte Erkenntnis

Die „Holzindustrie“, das Organ des Arbeitgeberverbandes und des Wirtschaftsverbandes der Holzindustrie, wendet sich in ihrer Nr. 21 erneut gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche. Was der Verfasser gegen die Arbeitszeitverkürzung zu sagen weiss, sind abgeschmackte Platttheiten. Wir haben daher nicht die Absicht, uns mit ihm auseinanderzusetzen. Wenn sein Geschreib hier überhaupt Erwähnung findet, so nur wegen der vier folgenden Sätze aus dem langen Aufsatz:

„Durch die Arbeitszeitverkürzung, vorausgesetzt, dass alle Arbeitnehmer verkürzt arbeiten, verringert sich automatisch ihr Einkommen um 17 Prozent. Gerade diese 17 Prozent umfassen im einzelnen Arbeitseinkommen denjenigen Anteil, der über die Bezahlung für Wohnung, Kleidung und Nahrung hinausgeht. Hiermit würden alle die Gewerbe, die Produkte herstellen, welche nicht unbedingt notwendige Bedürfnisse befriedigen, zum Stillstand verurteilt sein. Das Holzgewerbe dürfte nach Durchführung der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung fast völlig zum Erliegen kommen.“

Diese Sätze sind ein kleiner Beweis dafür, dass ihr Verfasser manchmal doch einen lichten Augenblick hat. Eine Lohnkürzung um 17 Prozent hätte tatsächlich die Wirkung, dass den Arbeitern für die Anschaffung von Möbeln und ähnlichen „Luxus-sachen“ kein Pfennig übrigbliebe. Ja, viele Millionen verdienen dann nicht einmal so viel, dass sie sich auch nur leidlich sattessen könnten. Die Folge davon wäre eine gewaltige Verschärfung der Krise, ganz besonders in solchen „Gewerben“, die Produkte herstellen, welche nicht zum Leben unbedingt notwendige Bedürfnisse befriedigen“. Zu diesen Gewerben rechnet der Verfasser sehr richtig auch das Holzgewerbe. Wie es diesem ergehen würde, wenn die Löhne auf der ganzen Linie um 17 Prozent gekürzt würden, möchten wir nicht erleben.

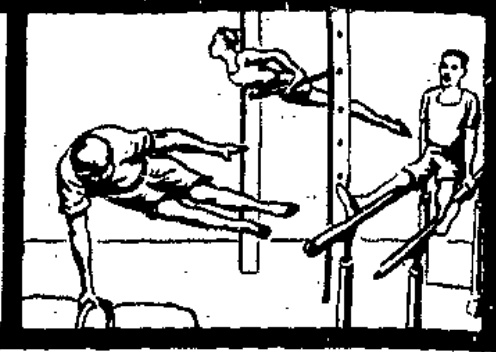
Die „Holzindustrie“ tut sehr recht daran, dass sie eindringlich auf die Folgen einer 17prozentigen Lohnkürzung aufmerksam macht. Nur höchst merkwürdig ist, dass sie erst jetzt zu dieser Erkenntnis kommt. Früher war sie anderer Meinung. Es ist noch nicht lange her, dass die „Holzindustrie“ mit am lautensten nach einem allgemeinen starken Lohnabbau rief. Als der Arbeitgeberverband für die Holzindustrie eine 15prozentige Lohnkürzung forderte, schrieb sein Organ, dass diese Forderung hinter den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Holzgewerbes noch zurückbleibe, solle ihm wirklich geholfen werden, dann müssten die Löhne um mehr als 15 Prozent gekürzt werden. Damals war in der „Holzindustrie“ zu lesen: „Nur durch eine allgemeine, mindestens 15prozentige Lohnkürzung kann das Holzgewerbe gerettet werden.“

Was ist nun richtig: Das, was die „Holzindustrie“ vor einigen Monaten schrieb, oder das, was sie jetzt schreibt? Jetzt sagt sie die Wahrheit. Jeder Lohnabbau schädigt das Holzgewerbe. Dabei ist es gleichgültig, ob er direkt, durch Kürzung der Stunden- oder Akkordlöhne, oder indirekt, durch Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, erfolgt. Die Wirkung ist in beiden Fällen die gleiche: Jeder Lohnabbau verschlechtert die Absatzmöglichkeiten des Holzgewerbes. Ob nach einer 17prozentigen Lohnkürzung „das Holzgewerbe fast völlig zum Erliegen kommen wird“, lassen wir dahingestellt. Aber angenommen, die „Holzindustrie“ habe mit ihrer Voraussage recht, dann wird ihr und ihren Lesern hoffentlich jetzt auch klar, welche frevelhafte Spielsie mit der Existenz des Holzgewerbes getrieben haben, als sie laut und aufdringlich einen allgemeinen Lohnabbau um mindestens 15 Prozent forderten.





# Gesundheit und Körperpflege



## Gefahren beim Baden und Schwimmen

Von Fritz Schreiber

In Deutschland ertrinken jährlich über 5000 Menschen. Schwimmfähigkeit und die Unkenntnis über die Einwirkungen des Wassers auf den menschlichen Körper sind in den meisten Fällen die Ursache.

Herzkranke Menschen sollten, da sie leicht zu Erregungen neigen, sehr vorsichtig sein bei der Befriedigung ihrer Badelust. Ohrenkranke befinden sich bei Unkenntnis ihrer Krankheiten in schwerster, immerwährender Gefahr. Der Teil des Ohres, der beim Baden und Schwimmen am leichtesten Schaden nimmt, ist das Trommelfell, jenes dünne Häutchen, das den äusseren Gehörgang nach der Körperseite abschliesst. Der Raum hinter dem Trommelfell beherbergt das Mittelohr, das durch einen Gang mit dem Nasenrachenraum verbunden ist. Unter normalen Verhältnissen ist daher der Luftdruck auf beiden Seiten des Trommelfelles gleich. Nicht ungefährlich jedoch sind die Druckschwankungen, denen das Trommelfell beim Tauchen und Wasserspringen ausgesetzt ist. Vielfach kommt es hierbei zu bedenklichen Störungen des Gehörsinnes. Das Ohr ist auch der Sitz des Gleichgewichtsinnes, der sehr empfindlich ist. Der Schwimmer kann beim Eindringen von Wasser in das Ohr leicht jede Orientierung verlieren. Eine weitere Folge sind Schwindel und Brechreize, dabei treten Wasser und Fremdkörper in die Lunge, so dass schliesslich Erstickung oder Ertrinken eintritt. Daher müssen Menschen mit Ohrenleiden im Wasser sehr vorsichtig sein.

Wer Krampfanfälle in den Fingern bekommt, versuche diese durch fortwährendes Schliessen und Öffnen der Finger zu beseitigen. Gegen Arm- oder Beinkrämpfe hilft Streichen und Massieren nach der Herzgegend zu. Bei Magenbeschwerden zieht man die Beine gegen den Oberkörper und hilft mit leichter Massage in der Bauchgegend nach. Aber solche Unfälle im Wasser können nur tüchtige Schwimmer überstehen.

Der Stimmritzenkrampf ist der heimtückischste Anfall: Wasserschlucken, verbunden mit Eindringen von Fremdkörpern in die Luftröhre bringt plötzliche Atemnot — Husten und Brechreiz folgen — Hilferufe sind in einem solchen Zustand immer schwer möglich — lautlos sinkt der Verunglückte in die Tiefe.

Zu solchen Erscheinungen kommen noch elementare Gefährlichkeiten. Stromschnellen kommen in felsigen Flussbetten häufig vor. Ganz oder teilweise zieht sich quer durch das Flussbett eine Felsquader, die sich der Ausspülung des Flussbettes widersetzt. Jenseits der Erhebung liegt das Flussbett niedriger. Die Wassermassen stürzen über den Fels und bilden, je nach der Höhe, einen grösseren oder kleineren Wasserfall. Wer in die fallenden Wassermassen hineinkommt, wird aus den Gegenströmungen und Strudeln selten einen Ausweg finden. Darum müssen Stromschnellen unschwommen werden.

Stromwirbel und Untiefen entstehen durch Ausbaggerungen oder dem Strom teilweise entgegenstehende Hindernisse, wie Felsbänke oder künstlich errichtete Stein- und Uferbänke. Auch vorbeifahrende Dampfer entwickeln durch ihre rotierenden Schiffschrauben oder Schaufelräder eine kreisende Bewegung der Wassermassen und starken Wellengang. Das sind für unsichere Schwimmer recht oft sehr gefährliche Situationen.

Schlängelpflanzen in stillen Gewässern haben besondere Tücken. Entweder man umschwimmt die Felder dieser arabischen Wasserpflanzen oder wenn er nicht anders geht, muss man möglichst in flacher Körperlage hindurchschwimmen. Jedes Tiefstossen ist zu vermeiden, weil dadurch die Gewächse hochgerissen werden. Aber das können nur tüchtige Schwimmer.

Jedes Jahr werden von pflichtfertigen Schwimmern eine stattliche Anzahl Menschen aus der Gefahr des Ertrinkens gerettet. Jeder Ertrinkende wehrt sich verzweifelt gegen seinen Untergang, er schlägt mit aller Kraft wild um sich, und wehe dem Rettungsschwimmer, der nicht ordentlich zupackt. Sobald der Verunglückte jemand auf sich zukommen sieht, steigert sich sein Lebensmut, und er wird versuchen, sich mit aller Kraft an den Retter anzuklammern. Erwischt er dessen Handgelenke, so muss der Schwimmer mit kurzem scharfem Ruck nach der Daumenseite den Griff ausdrehen. Die Umfassung des Halses und der Schulter verlangen von dem Rettungsschwimmer kraftvolle Anstrengungen, er muss mit einer Hand das Kreuz des Umklammernden eindrücken, den Ballen der anderen Hand gegen das Kinn seines gefährlichen Gegners pressen; während Daumen und Zeigefinger dessen Nase verschliessen, muss der Schwimmer den Kopf des Verunglückten in dessen Nacken zurückschlagen. Ein rascher Kniestoss nach dem Unterleib kann wirkungsvoll nachhelfen. Der Abtransport des Verunglückten geschieht dann mit Schulter oder durch Kopfgreif. Dabei haben die Atmungsorgane frei über dem Wasser zu liegen.

Jeder Unglücksfall entscheidet über das Geschick von zwei Menschen, und zwar in Bruchteilen von Minuten. Wie oft geschah es, dass der freiwillige Retter das Leben einbüsste, weil er den verzweifelten Anstrengungen eines Untergangenen nicht gewachsen war. Starke Nerven, Entschlossenheit, Schwimmfähigkeit und viel Kraft und Ausdauer gehören zu einem solchen Rettungswerk. Jetzt zur Badezeit erlebt man es oft, dass ein Mensch im Wasser um Hilfe schreit und hunderte stehen oft am Ufer und niemand hilft.

Fast jeden Tag liest man jetzt in den Zeitungen: „Beim Baden ertrunken.“ Auf jenen Unfällen tragen die meisten Menschen selbst Schuld. Der beste Schutz bleibt immer: Schwimmenlernen und Retten, je eher, desto besser, aber beides gründlich und gewissenhaft erlernen.

## Vorsicht, die Sonne scheint!

Mit Recht hat man uns Menschen „Kinder der Sonne“ genannt. Nach der Sonne sehnen wir uns wie nach unserer Mutter, in Sonnenlicht und Sonnenwärme fühlen wir uns wohl. Die Sonne ist aber ein stark wirkendes Heilmittel, mit dessen Gebrauch man vorsichtig sein muss, wenn anders die belebende, gesundheitsfördernde Wirkung nicht in ihr Gegenteil umschlagen soll. Das bedenken leider nur die wenigsten Menschen, und deshalb möchte man ihnen zurufen: „Vorsicht, die Sonne scheint!“

Besonders mit Beginn der Ferienzeit suchen viele im Überschwang kindlicher Freude sich den Strahlen der Sonne recht tüchtig auszusetzen, um nur recht rasch schön braun zu werden. Nur zu oft muss man solchen falschen Ehrgeiz mit bösen Schmerzen büssen. Unsere in langer Winterzeit nicht an die Sonne gewöhnte Haut beantwortet die starke Sonnenbestrahlung mit heftiger Entzündung und Blasenbildung, die zuweilen sogar gefährliche Formen annehmen kann. Masshalten sei deshalb auch bei dem Sonnenbad unsere Devise: Das erste Sonnenbad soll nie über 10 bis 15 Minuten ausgedehnt werden, erst allmählich steigere man seine Dauer, mindestens alle 5 Minuten wechsle man im Sonnenbad die Körperlage und Sorge vor wie nach der Bestrahlung für das Einfetten der Haut mit einer fettreichen Salbe. Die Braunfärbung der Haut ist eine natürliche Schutzmassnahme des Körpers gegen allzu starke Einwirkung des Sonnenlichts. Sie tritt bei den einzelnen in verschiedenen Graden und nach verschieden langer Zeit ein. Darum ist auch nicht der der Gesündeste, der am schnellsten braun wird.

Wer empfindliche Augen hat, der wird gut tun, zum Schutz gegen die Sonne, be-

sonders im Sonnenbad, eine dunkle Brille zu tragen. Hierfür eignen sich graue oder grünlich gefärbte Gläser. Brillen mit blauen Gläsern dagegen sind wertlos, weil die wirksamen, ultravioletten Strahlen der Sonne durch blaues Glas ohne weiteres hindurchgehen. Wie das Auge verlangt auch der Kopf einen Schutz vor der Sonne. Direkte Sonnenbestrahlung des ungeschützten Kopfes führt leicht zu einer Reizung der Gehirnhaut, die mit Kopfschmerzen, Übelkeit, Augenflimmern und Herzklopfen einhergeht und schliesslich zu dem bekannten Krankheitsbild des Sonnenstiches führt, der sofortige ärztliche Behandlung erfordert. Alles dies lässt sich aber leicht verhüten, indem man den Kopf durch einen breitkrempigen Hut, ein umgewundenes Tuch oder dergleichen gegen die direkte Bestrahlung schützt.

Ähnlich wie der Sonnenstich kann auch der Hitzschlag uns in heissen, schwülen Sommertagen zum Verhängnis werden. Beim Hitzschlag handelt es sich um eine Wärmestauung, der wir wirksam durch zweckmässige Kleidung begegnen können. Dabei sei oberstes Gesetz helle, weite, bequeme Kleidung, die Luft an den Körper lässt und dem Schweiß genügend Möglichkeit zur Verdunstung und damit zur Wärmeregulierung bietet. Weitmaschige Gewebe, insbesondere Baumwolle, Leinen und Seide, sind deshalb die gegebenen Sommerstoffe. Helle, vor allem weisse Kleider werfen die Wärmestrahlung zurück, wogegen dunkle sie auffangen.

Ganz besonders müssen Kinder und in erster Reihe die Säuglinge recht leicht, hell und luftig angezogen sein. Leider wird von fürsorglichen Müttern hier viel gesündigt und der arme, wehrlose Säugling im Kinderwagen in Kissen gepackt, mit Binden gewickelt und ängstlich jedem Luftzug entzogen. Kein Wunder, wenn ein solches Kind dann krank wird! Gebt dem Kinde Strampelfreiheit! Ein leichtes Hemdchen, eine leichte Decke und ein flaches Kissen aus Rosshaar oder Seegras sind völlig ausreichend! Gefährlich ist's, wie es teils aus Gedankenlosigkeit, teils aus Bequemlichkeit geschieht, den Säugling im Kinderwagen in die Sonne zu stellen. Bei der horizontalen Lage des Kindes fallen nämlich die Sonnenstrahlen senkrecht in sein Auge, und wenn sich der Säugling auch durch Schliessen der Augen gegen die Sonne zu schützen sucht, so ist dieser Schutz doch meist unvollkommen. Die im Auge befindliche Linse wirkt beim senkrechten Einfall der Sonnenstrahlen wie ein Brennglas und verbrennt so die Netzhaut. Man mache sich daher zur Regel, einen Kinderwagen nie unbeaufsichtigt in die Sonne zu stellen, sondern man suche das Auge des Kindes in genügender Weise stets vor der direkten Bestrahlung zu schützen.

Einen Schutz vor der Einwirkung der Sonnenstrahlen verlangt aber nicht nur unser Körper, sondern auch das, was wir ihm zuführen, unsere Nahrung. Auch hier sind wieder der Säugling und das kleine Kind besonders in Gefahr. Unter dem Einfluss der Sonnenwärme wird bekanntlich die Milch leicht sauer, und es gedeihen in ihr Keime aller Art, die Darmkrankheiten hervorzurufen vermögen. Das einzig sichere Mittel dagegen ist Erhitzen der Milch auf etwa 70 Grad mit anschliessendem Abkühlen und Kühlhalten. Unverderblich und gleich vortrefflich ist die Muttermilch im Sommer wie im Winter. Deshalb sollte man ein Abstillen des Kindes unter keinen Umständen in der heissen Sommerzeit vornehmen.

Schliesslich sei noch der Fliegen gedacht, die sich in der Sommerwärme besonders schnell vermehren und Krankheitskeime in unsere Speisen verschleppen. Bedecken der Speisen, am besten mit Gaseglocke, Aufbewahrung in verschlossenem Fliegen- oder Eisschrank sowie rücksichtslose Vernichtung dürften auch diese Gesundheitsgefahr beseitigen helfen. D. R.

## Die Zeit des Heufiebers

Von Dr. med. Leo Bonnin

Alljährlich zu Beginn der wärmeren Jahreszeit, am häufigsten in den Monaten Mai und Juni, stellt sich eine an und für sich ungefährliche, aber doch sehr quälende Krankheit ein. Es treten plötzlich Kopfschmerzen, Abspannung, Schlaflosigkeit, geringes Fieber, Kitzeln der Nasenschleimhaut, Schmorzhäftigkeit und Rötung der Augenbindehäute, starker Tränenfluss, Verdickung der Augenlider, Jucken und Brennen im inneren Augenwinkel sowie starker Nasenfluss ein. Das sind die Vorboten des gefürchteten Heufiebers, Heuschnupfens oder Heuasthmas.

Die Zeiten des Krankheitsbeginns stehen nun in bestimmter Beziehung zu den Heuernten und der Kornblüte. Genaue Beobachtung hat ergeben, dass schon die Annäherung an eine blühende Wiese, an ein Roggenfeld, an einen Heuhaufen, sogar Fahrten in offenem Wagen durch Wiesengenden genügen, um die Anfälle hervorzurufen. Die ersten Forscher hielten jedoch diese Anfälle für Hitzewirkung. Erst später gelang es, nachzuweisen, dass die bei der Blüte gewisser Pflanzen in der Luft verbreiteten sogenannten Pollenkörner das Heufieber hervorrufen.

Im Jahre 1903 glückte es endlich, aus den Pollen verschiedener Pflanzen, besonders gewisser Roggenarten, einen Giftstoff herzustellen, der sich als besonders widerstandsfähig gegen alle Wärmeeinflüsse erwies. Mit diesem Pollengift wurden nun zahlreiche Tiere geimpft. Man stellte fest, dass ein Teil an Heufiebererscheinungen erkrankte, ein Teil jedoch nicht. Mit der Zeit wurde auch beim Menschen der Beweis erbracht, dass glücklicherweise nur ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung auf dieses Pollengift reagiert, da ja sonst alle Bewohner ländlicher Gegenden vom Heufieber befallen werden müssten. Es ist also auch hier eine besondere Veranlagung erforderlich. Es wurden auch gewisse Erblichkeitsbeziehungen bei Heufieberkranken festgestellt. Sonst ist statistisch noch folgendes zu bemerken: Männer erkranken öfter als Frauen, entsprechend ihrer meist stärkeren beruflichen Berührung mit der Heuernte. Das häufigste Erkrankungsalter liegt zwischen 10 und 30 Jahren. Die Dauer der Krankheitsanfälle beträgt durchschnittlich 6 bis 8 Wochen. Die Diagnose des Heufiebers ist natürlich auf dem Lande leicht zu stellen, schwerer schon in der Grossstadt. Es gibt nämlich auch dort besonders empfindliche Menschen, bei denen schon der geringe in den Strassen vorhandene Blütenstaub zur Auslösung der Anfälle genügt. Es dauert oft jahrelang, ehe man die Krankheit an ihrer regelmässigen Wiederkehr erkennt.

Schon die Unzahl der im Handel befindlichen Mittel zeigt, dass es ein unbedingt sicher wirkendes Medikament noch nicht gibt. Die besten Erfolge werden immer noch mit der Pollenextraktbehandlung erzielt. Dieses wird so gewonnen, dass es als Gegengift unmittelbar aus den Pollenkörnern hergestellt wird und dadurch den Körper gegen das Pollengift, genau wie bei allen anderen Impfungen, abhärten und unempfindlich machen soll. Einem durchschlagenden Erfolg steht aber natürlich die grosse Anzahl der verschiedenen Pollenarten im Wege, die es unmöglich machen, einen Pollenextrakt zu finden, der alle Gifte der einzelnen Abarten in sich vereinigt. Neuerdings versucht man, durch Probeimpfungen erst einmal festzustellen, gegen welche Pollenart der einzelne Kranke sich besonders empfindlich zeigt. Die Versuche können jedoch so lange dauern, dass bei der endgültigen Feststellung die Heufieberzeit schon verstrichen ist. Am sichersten ist es natürlich, in der gefährlichen Zeit an die Orte zu reisen, an denen die Luft wegen der Pflanzenarmut dauernd pollenfrei ist. Am geeignetsten sind bestimmte Punkte am Meer und im Mittelgebirge.





# Unterhaltung und Wissen



## Der Bergwanderer

Das Tal liegt schwebend, dunstverhangen,  
Rauchfahnen wehn von den Kaminen,  
im Schein des Lichtes rotbeglühter Zinnen  
kommt noch ein Wandersmann gegangen.  
Er trägt der Berge Glut auf seinen Wangen,  
der Höhen Freiblick lacht aus seinen Mienen,  
die Stirne ist von Gifffellust beschienen,  
sein stahlhartes Auge kennt nicht Furcht und Bangen.  
Die festbeschlagenen Stiefelsohlen singen,  
vom Hute winkt ein kleiner Alpenstrauss.  
Es muss sein Herz in Siegerfreude springen,  
denn frohbeschwingt schreiten die Flüsse aus.  
Und wie er so im Abend ganz entschwindet —  
die Alpenwelt hat sich an ihm entzündet. Zerlass.

## Wandlungen

Von Herbert Reinhold

Einige Wochen nach den Revolutionstagen im November 1918 war der Tischlermeister Werner Krause aus Thüringen von dem Aachener Abmusterungslager in seine walddörfliche Werkstatt zurückgekehrt. Mit der ihm eigenen Regsamkeit nahm er seinen Platz an der Hobelbank ein — bisher hatte sein alter Vater notdürftig das Geschäft versorgt —, und bald gelang es ihm, genügend Auftraggeber für neue Möbelstücke und ganze Ausstattungen zu werben. Die Bauerntöchter wollten heiraten. Die Männer kehrten ja jetzt nach und nach alleamt zurück, soweit sie nicht auf den Schlachtfeldern geblieben waren. Auch hatte während der Kriegsjahre manche Neuanschaffung wegfallen müssen, die nachzuholen Sorge der Hausfrauen war. Tischlermeister Krause sah sich schon nach einigen Wochen gezwungen, einen und bald darauf den zweiten Gesellen einzustellen, damit er die vorgeschriebenen Liefertermine einhalten konnte.

Anfang 1919, so um die Osterzeit, war er obenauf, eine gewichtige Persönlichkeit im weitem Umkreis. Er lebte seiner Arbeit und seiner Familie, einer gutmütigen Frau und zwei halbflügigen Kriegskindern. Sie litten keinen Mangel. Alles, was ihre Lebensbedürfnisse umfasste, war zu haben, und sie konnten sich's leisten.



Am Stammtisch im Dorfkretscham war er neben dem Pfarrer, dem Lehrer, dem Polizisten und verschiedenen Grossbauern einer der wenigen Männer, auf deren Wort man etwas hielt. Allgemein galt er als klug, verständlich, gewissenhaft und gerecht. Weil er neben dem Handwerker auch Geschäftsmann war, drückte er sich stets vorsichtig und doppelsinnig aus. Er sprach zu den Bauern und Beamten anders als zu den Müslern, Tagelöhnern und Heimarbeitern. Den einen gab er in allen Fällen recht. Er schimpfte mit ihnen auf die neuen Regierenden, klagte mit über vergangene gute und über die heutigen schlechten Zeiten. Er bestätigte, dass es ein Jammer sei, die grossen und kleinen Herzogtümer zu einem einheitlichen Thüringen zusammenzufassen. Interessiert sprach er mit über Kunstländer und Schweinepreise. Den anderen gegenüber gab er sich breiter, so unmerklich von oben herab, etwas jovial gemächlich. Er nickte ihnen zu, wenn sie von Revolution, von Arbeiterbewegung, von sozialer Fortschritt redeten. War er allein, dann schaute er vor sich hin: „Als selbständiger Meister muss man immer hübsch in der

Mitte zwischen den Parteien pendeln. Allen muss man recht geben! Allen nach dem Munde reden. Hörte er aber etwas vom 8-Stunden-Tag, dann vergass er sich. Er wurde teuflisch wild und wetterte über diese, seiner Ansicht nach unverschämte Forderung. An Wahltagen blieb er zu Hause. Mit keiner Partei war er zufrieden. Aber mit dem Steigen der Rücklagesumme auf der Kreissparkasse schwenkte er immer klarer zu den Bauern über, die die Vorkriegszeit herbeiwünschten.

So war der Tischlermeister Werner Krause während der Jahre 1919 bis 1923.

Während der Zeit der Hochinflation 1923 wurden auch in Thüringen die Menschen vom Spekulationstaumel erfasst. Ein jeder versuchte, Geld und noch mehr Geld zu raufen. Mit einem Male schien es mühelos, Reichtümer zu häufen. Tischlermeister Werner Krause machte, wie so viele, in Furcht um sein Ersparnis allerhand finanzielle Dummheiten: anfangs hatte er Freude, die auf grosse Summen lautenden Geldscheine dem Sparkassenguthaben zu überwiesen. Er rieb sich die Hände, wenn die Möbelpreise anzogen. Trotzdem oder eben deswegen überrannten ihn die Kunden fast. Nach Monaten versuchte er auf Anraten einiger Freunde, Devisen unter der Hand zu kaufen. Das würde ruchbar und kostete ihm eine nette Stange Geld zu Goldsätzen. Ausserdem wurden die gehämsterten Devisen der Staatskasse zugeführt. Dann liess er sich verleiten, übermässig viel Holz zu kaufen gegen wertbeständige Papiere. Ohne dass er es merkte, schlidderte er immer mehr dem Konkurse zu. Ein Werkstatt- und Lagerbrand ruinierte ihn vollends. Als seine Habe unter den Hammer kam, nahm er in seiner Trostlosigkeit dies eine wahr: die Bauern waren seine härtesten Gläubiger.

1924 würde er in einer kleinen Stadt am Westhange des Thüringer Waldes, wohin er nach Auflösung seines Geschäfts verzogen war, gesehen. Er hatte den Mut zum Vornanfängen verloren und schätzte sich glücklich, eine Stellung als zweiter Meister in einer mittleren Möbelfabrik innezuhaben. Auffallend war: die abhängige Arbeit als Angestellter hatte ihn in kurzer Zeit umgeformt. Er lebte auf einmal nicht nur seiner Arbeit und seiner Familie. Er hatte nun auch andere Interessen. Gewiss, das handwerkliche Tun gab ihm immer noch Freude, aber darüber hinaus zeigte er so wenig Geschäftsinteresse, dass es dem Unternehmer auffiel. Mit den Gesellen vertrug er sich: denn er hatte so viel Erfahrung, um zu wissen, dass er im Guten besser komme als im Bösen. Nach Feierabend verbrachte er seine Zeit teils zu Hause, teils in Kegel- und Billardvereinen. Zweimal wöchentlich besuchte er politische Abende einer Gruppe verärgelter Handwerksmeister, denen der technische Fortschritt das Arbeitsgebiet beschneidet. Diese Abende — die „politischen Gespräche“ bestanden darin, dass man sich gegenseitig die Not klagte und die Regierung verwünschte — gaben ihm sowohl Trost als auch die Hoffnung, einmal würde er wieder eine eigene Werkstatt besitzen.

Überrascht war er immerhin, als ihm die Handwerksmeister anlässlich einer Stadtverordnetenwahl als Kandidaten für eine Mittelstandspartei aufstellen wollten. Er lehnte ab, aber seit diesem Tage interessierte er sich lebhaft für Politik. In Versammlungen aller Parteien lief er; las einschlägige Literatur und glaubte, 1925 gegen Weihuacht, in der Reichspartei deutscher Wirtschaft das Richtige gefunden zu haben. Und bald war er ein tüchtiger Mitarbeiter dieser Partei.

Als ihm sein Kollege, der erste Meister, auf die Notwendigkeit und auf die Vorteile der gewerkschaftlichen Organisierung aufmerksam machte und ihn einlud, im Deutschen Werkmeisterverband Mitglied zu werden, wurde er entrüstet groß.

Braños gewordene Heimarbeiter des Heimatortes Werner Krauses waren nicht schlecht erstaunt, als sie ihn 1927 eines Tages auf dem Arbeitsamt der Stadt trafen.

Seine Firma hatte sich mit einem Grossbetrieb fusioniert und mit vierzig Gesellen den zweiten Meister entlassen. Zwar hatte er beim Arbeitsgericht Klage auf Wiedereinstellung wegen unbilliger Härte erhoben, war aber abgewiesen worden. Im Gerichtssaal wurde ihm zum ersten Male klar, dass nur der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter Aussicht auf Erfolg haben kann, weil er von geschulten, gesetzsgewandten Kollegen vertreten wird. Er sprach sich darüber mit seiner Frau, mit der er bisher nie über diese Dinge gesprochen hatte, aus. Leider kam ihm die Erkenntnis zu spät. Vergebens versuchte er, eine neue Anstellung zu erhalten. Er bot sich als Geselle an, doch nirgends war ein Arbeitsplatz frei. Zu den kleinen Meistern zu gehen, schämte er sich. Ebenso mied er für die erste Zeit das Arbeitsamt. Erst seine schlechter werdende wirtschaftliche Lage zwang ihn, Arbeitslosenunterstützung zu beanspruchen.

Mit der Dauer seiner Arbeitslosigkeit geriet er politisch ins radikale Lager. Damals traten in Thüringen die Nationalsozialisten auf. In seiner Not suchte er bei ihren Phrasen Zuflucht. Er berauschte sich an den nichtssagenden Versprechen der Leute vom Hakenkreuz. Der Wirtschaftspartei kehrte er den Rücken. Er schimpfte öffentlich auf die Spiessigkeit der kleinen Handwerker. Ihm ging es wie vielen, die den Nazis nachliefen: sie sahen das Zusammenbrechen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, sie sahen ihren eigenen Niedergang, sie spürten die Verhältnisse am eigenen Körper und bäumten sich dagegen auf. Ihre frühere Ideologie war nationalistisch. Das war ihnen eingepflegt in früher Jugend. Sie wollten national bleiben, zugleich aber auch sozialistisch sein, „das heisst sie wollten ihren „Sozialismus“, der ihnen das alte Leben zurückgeben sollte. Ihrem Denken entsprach das Programm der Hakenkreuzler. 1928 machte der Tischlermeister Werner Krause zum ersten Male in seinem Leben Streikbrecher. In Meiningen waren zwischen den Fabrikherren und den Arbeitern Lohndifferenzen zum Ausbruch gekommen, die zum Streik führten. Aus allen Städten Westthüringens eilten Arbeitswillige herbei, die den Streik zu Fall brachten, zu ihrem eigenen Schaden. Die Streikbrecher wurden nämlich, entgegen ihrem geheimen Wunsch, auf Verlangen der Gewerkschaften wieder entlassen. Nur Krause hatte Glück: er konnte als Geselle an der Hobelbank bleiben.

Seine neuen selbstverständlich erbosten Kollegen machten ihm das Leben anfangs nicht leicht. Sie stichelten, erschwerten ihm die Arbeit und anderes mehr. Und als sie herausbekamen, dass er Nazimann ist, machten sie ihm begreiflich, dass er unter den verhassten „Roten“, unter den Sozialisten sei. Sein Banknachbar, ein Graukopf, packte ihn von einer anderen Seite. Er fragte ihn aus, diskutierte mit ihm über Marxismus, zeigte ihm die Geschichte der Arbeiterbewegung und wies so zwischendurch auf den falschen Sozialismus der Nationalsozialisten hin. Täglich, stündlich bearbeitete



er ihn. Krause wurde nachdenklich. Manches wurde ihm nach und nach klarer. Er liess sich Schritten geben, verlangte Auskunft über die Gewerkschaftsbewegung. Am 1. Mai 1929 stand er am Strassenrande und schaute dem Umzug der organisierten Arbeiterschaft zu. Seine Frau war begeistert von dem Rhythmus des Demonstrations-

marsches. Das war verkörperter Wille, das war Siegesgewissheit! Die Kollegen sahen Krause stehen. Sie nickten ihm zu, riefen ihn, sich einzureihen!

Eine Woche später war Krause mit sich ins reine gekommen. Er fragte seinen Nachbar nach dem Betriebsvertrauensmann, er wolle sich zur Gewerkschaft anmelden. Ausserdem bat er ihn, zu sagen, wann und wo die nächste Versammlung der Sozialdemokratischen Partei stattfindet. Er mache den Schwindel der Nazis nicht länger mit. Nun wisse er, wo sein Platz ist...

Und am 1. Mai 1930 sah man ihn in den vordersten Reihen demonstrieren. Neben ihm marschierte seine Frau. Seine Kinder, ein Bursche und ein Mädel, sangen mit der Arbeiterjugend Kampflieder. Dass es so gekommen war, durften sich die Arbeitskollegen des ehemaligen Tischlermeisters und jetzigen Tischlergesellen Werner Krause zugute rechnen.

## Kalte Flammen

Jeder glaubt zu wissen, was eine Flamme ist. Aber wenn man die Frage bei einer Intelligenzprüfung von Erwachsenen stellt, so findet man unter tausend kaum einmal eine brauchbare Antwort. Sicher denkt jeder an heisse Flammen, die sich so gut für Herzensangelegenheiten symbolisch verwenden lassen. Kalte Flammen aber... was ist dabei zu denken? Ist es denn nicht die Natur jeder Flamme, heiss zu sein?

Eine Flamme ist nichts anderes als Begleiterscheinung bei chemischen Prozessen, die man mit einem alten Ausdruck als „Verbrennungen“ bezeichnet. Flammen treten auf, wenn sich fein verteilte Stoffe, besonders als Gase, verbinden. Wenn also Wasserstoff im Sauerstoff verbrennt — was man ebensogut auch umgekehrt sagen kann: Sauerstoff verbrennt im Wasserstoff oder wenn Magnesium in Sauerstoff oder auch in Stickstoff brennt. Dabei ist immer eine hohe Temperatur für die Zündung erforderlich, jedoch weiss man, dass fein verteilte Stoffe oftmals ohne Fremdzündung schon reagieren, so z. B. wenn man den flüssigen Schwefelkohlenstoff auf Löschpapier ausgiesst: die Vergrösserung der Oberfläche führt Verbrennung herbei, Kohlenstoff wird zu Kohlensäure und Schwefel zu Schwefeldioxyd. Auch weiss man, dass feinst verteilte Metalle sich an Luft entzünden, so Blei, Aluminium bei gelinder Erwärmung, auch Nichtmetalle, wie Phosphor.

Denkt man nun diesen Gedanken weiter, so muss die Möglichkeit ins Auge gefasst werden, dass atomare Verdünnungen am stärksten reagieren. Zudem kann man sie in luftleer gepumpte Räume verlegen. Hier beginnt nun der grosse Gedanke einzusetzen: Ist es nicht vielleicht möglich, dieses atomhafte Verbrennen zu benützen, um kalte Flammen herzustellen? Es ist ein altbekannter Laboratoriumsversuch, das Natriummetall in einer mit Chlorgas gefüllten Glasröhre zu erhitzen. Es verbrennt dann im Chlor zu NaCl = Kochsalz und entwickelt dabei eine typische gelbe Flamme. Diese ist etwa 1200 Grad heiss. Es war weiter beobachtet worden, dass die Erwärmung geringer sein kann, wenn man die Röhre auspumpt. Dieses Verfahren haben nun die Physiker Polanyi und Beutler weiter durchdacht und ausprobiert, bis sie zu folgendem Vorgang kamen:

Man pumpt ein Glasrohr möglichst vollkommen luftleer. Dann lässt man auf der einen Seite Chlor, auf der anderen Seite Natrium in geringsten Mengen einströmen. Beide Stoffe vereinigen sich unter Flammenbildung zu Kochsalz. Diese Flamme erweist sich als kalt. Das Verfahren ist noch keineswegs praktisch brauchbar, weil die Stoffe zu teuer und das Licht zu gelb ist. Aber es erscheint nun doch als aussichtsreich, nach anderen Stoffen und Flammen zu suchen, die auf solche Weise ohne Zündung, Wärme oder Stromzufuhr „von selber“ leuchtend werden, sobald man andreht. R. L.



Allerlei Humor

Dialektik der besitzenden Klasse. Der Börsianer zum Bettler: „Ja, sehen Sie, lieber Freund, Ihnen fehlen, um restlos glücklich zu sein, funfzehn Fennige, mir dagegen funfzehntausend Mark. Kein Unterschied mehr heute, wir schwimmen alle in der gleichen Bredullie!“

Billiges Verlangen. Der Vermöglichte zum protokollierenden Schupo: „Na wissen Sie, Herr Wachtmeister, dass mir dieser verfluchte Schofför die linke Hinterflosse abgefahren hat, das mag noch so hingehen! Aber dass er mich dabei angebrüllt hat: „Können Sie denn nicht besser aufpassen. Sie alter Idiot!“ das verlangt ganz exemplarische Strafe!“

Der Schüchternne. Die Marie hat schrecklichen Ärger mit ihrem Verehrer, er ist nämlich so furchtbar schüchtern. In ihrer Bedrängnis schrieb sie an die Redaktion ihres Blattes: „Geehrte Frau Redakteur! Ich gehe mit meinem Bräutigam

seit drei Jahren und will Euer Hochwohlgeboren mitteilen, dass derselbe zu mir immer ‚Sie‘ sagt; mein Bräutigam ist nämlich so viel schüchtern. Bitte, schreiben Sie doch unter ‚Glückliche Braut‘, ob ein anständiges Mädchen zu seinem Bräutigam sagen darf, er soll ‚Du‘ sagen, und will ich nur bemerken, dass ich von ihm ein Kind habe. Ihre dankbare Leserin M. Z.“

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Alltag im Sowjetstaat. Macht und Mensch. Wöten und Wirken in Sowjetrussland. Von Herbert und Elsbeth Weichmann. Brückenverlag, Berlin. Die Verfasser haben Russland kreuz und quer bereist, und sie berichten, wie der Russe heute lebt, das heisst wie er sich nährt, kleidet, unterhält, wie er wohnt, reist, denkt und empfindet. In leidenschaftsloser, sachlicher Sprache geben sie ihre Eindrücke wieder, die wahrhaft erschütternd sind. Das ist kein Sozialismus, was in Russland herrscht, sondern eher eine Karikatur auf den Sozialismus. Die stärkste Seite der Macht haben in Sowjetrussland ist die Propaganda. In den glänzendsten Farben werden den Gläubigen in Europa in Wort und Bild Einrichtungen geschildert,

die günstigstenfalls in embryonalem Zustand vorhanden sind, meist aber nur Zukunftshoffnungen darstellen. In krassstem Gegensatz dazu zeigt sich die Wirklichkeit des russischen Alltags. Die trübsten Erinnerungen aus dem furchtbaren Kohlrübenwinter werden wach, wenn man die Beschreibungen von der Ernährung und der Lebenshaltung des russischen Volkes liest. Und zu dem lieblichen Elend kommt die geistige Unfreiheit unter dem Diktatorregiment, das sich auf die Bajonette stützt und keine Opposition duldet. — Von dem sehr lesenswerten Buch hat die Verlagsanstalt des ADGB, eine Organisationsausgabe herausgebracht, deren Preis auf 1,95 Mk. festgesetzt ist.

Wilhelm-Busch-Buch. Neue Folge. Sammlung lustiger Bildergeschichten mit etwa 460 Zeichnungen und einer Biographie. Verfasst von den Neffen Wilhelm Buschs, Hermann und Otto Nödlke. 447 Seiten. In Halbleder gebunden 4,50 Mk. Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2. — Das Werk enthält neben einer ausführlichen Lebensgeschichte Wilhelm Buschs eine Anzahl kleinerer und grösserer in sich abgeschlossener Werke, von denen wir hier nur nennen: Pips, der Affe; Der Hausdieb; Der hinterlistige Heinrich; Der hohle Zahn; Ein galantes Abenteuer; Der unfreiwilige Spazierritt; Die Versuchung des heiligen Antonius u. a. m. Die Neffen des Dichters haben dieses schöne Buch zusammengestellt für die vielen, die sich gern über Busch genauer unterrichten wollen, denen aber die bisherigen Ausgaben zu kostspielig sind.

Der Reiter auf dem Löwen. Von Hugh Walpole. Geschichte eines Tapferen. Einzig berechtigte Übersetzung aus dem Englischen von E. McCalman. 574 Seiten. In Halbleder gebunden 4,20 Mk. Volksver-

band der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2. — In dem Roman „Der Reiter auf dem Löwen“ hat Walpole Entscheidendes aus seinem persönlichen Erleben gestaltet. Diese Geschichte eines tapferen jungen Menschen, der vom Schicksal angepackt, gestossen, geschlagen wird, ehe er lernt, das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden, bestrickt durch liebenswürdige Kinderbeobachtung und durch grandiose Naturschilderungen. Die vorbildlich schöne Ausstattung, die der V. d. B. auch diesem Werk wiederum hat angedeihen lassen, erhöht die Freude am Besitz.

100 Erfrischungserichte für den Sommer. Erprobt und bewährte Rezepte für Früchte- und Gemüserohkost, Salate, Eierspeisen, Früchtoppings, Kaltschalen und Erfrischungstränke von Lisebeth Ankenbrand. — Die neuesten Spiele für Wochenend, Freizeid und Ferien. Fang-, Neck-, Gesellschaftsspiele, Springseil, Sigrüstseil, Medizinball, Schwingball, Usaspiele, Ringtennis usw. Von A. Glucker. Sammlung der neuesten und interessantesten Spiele mit 37 Bildern. — Photo-Tricks und Photo-Scherze. Verblüffende Aufnahmen mit jeder Kamera. Eine genaue Anleitung mit 35 Bildbeispielen. Von A. Glucker. Die drei angezeigten Hefte, je etwa 30 Seiten stark auf Kunst-druckpapier, sind im Süddeutschen Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Birkenwaldstrasse 44, erschienen. Der Preis eines jeden Hefes beträgt 1,25 Mk.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin.

Druck und Verlag:

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

J E D E S im Buchhandel erschienene B U C H liefert die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Gelegenheitskäufe! Kreissägen 80 Mk., Bandsägen 220 Mk. Abriecht. 300 Mk., Dickenhobelmasch. von 275 Mk. an, Fräsmasch. 75 Mk., Hobelbänke und Zwinge, Motore, Werkzeuge, Riemen, Reprcal. spoth. Willi Klinke, Berlin, Andreasstr. 32

Kollegen! Abonniert das Fachblatt für Holzarbeiter Preis-Abbau Diese Herren-Anker-Uhr versilb., mit Goldrand und gut vergold. Kavalierkette oder Nickelkett. n. Kapsel 5,35 Mk. 2 Jahreschriftliche Garantie! „Estra“-Uhren, Halle a. d. S. 30

Leim- u. Furnieröfen v. 44.—Mk. an franko. Preisl. kostenl. Gebr. Bettfinger, Freiburg i. B. i. Hobelbänke 65 RM 2 m lg., kompl., Stahlsp., la Qualität, Blatt beste ged. Rotb. Preisl. gratis. Karl Ramisch, Pirna, Artilleriekaserne

Original-süddeutsche Hobelbänke 74 Mark, 2 m hintere Blattlänge, Stahlspindel. Werkzeug-Neuheiten. Preisliste gratis und franko. Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West. Hygienisch. Artikel Preisliste 0 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jakobsstrasse 8.

Sprechmaschinen-Laufwerke zum Selbsteinbau. la Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mk. 2 Seiten einer 30-cm-Platte spielend, mit allem Zubehör, noch Tonarme, Trichter, Schalldosen und Teller in grosser Auswahl sowie Regulateur-, Tisch- und Hausuhrwerke zum Selbsteinbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 10 Meine Spezialität seit 1850 Qualitäts-Werkzeuge für Holzarbeiter für Handgebrauch und Maschinenbetrieb, erstklassig, preiswert, handlich, volle Garantie. Zahlreiche freiwillige Anerkennungs-schreiben. Viele Nachbestellungen. Machen Sie einen Versuch. Katalog und Preisliste kostenlos. WERKZEUGFABRIK M. HIESSINGER, NÜRNBERG

Billige Bücher / Aus unserem Antiquariat Aus Restbeständen B 1 Anzengrubers Werke in 4 Bänden 7,— B 2 Max Barthel, Der Mensch am Kreuz. Roman nach dem Tagebuch eines katholischen Pfarrers 2,40 B 3 Brehms Tierleben in 6 Bänden 18,— B 4 Chamisso's Werke in 2 Bänden 3,50 B 5 A. Conrad, Geschichte der Revolutionen, vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der Französischen Revolution. 2 Bände zusammen 4,— B 6 Die bildende Kunst in Gegenwart und Vergangenheit. 3 Bände mit vielen, zum Teil farbigen Abbildungen 12,— B 7 Die Befreiung der Menschheit. Freiheitsideen in Vergangenheit und Gegenwart. Mit vielen Abbildungen 9,— B 8 Eichendorfs Werke in 2 Bänden 3,50 B 9 Lothar Erdmann, Die Gewerkschaften im Fuhrlampf 1,20 B 10 Geibels Werke in 2 Bänden 3,50 B 11 Goethes Werke in 6 Bänden 10,— B 12 Goethes Werke in 10 Bänden 17,— B 13 Sauff's Werke in 4 Bänden 7,— B 14 Sebbers Werke. 4 Bände 7,— B 15 Seines Werke. 6 Bände 10,— B 16 Sünderlins Werke in 1 Band 2,— B 17 Arno Holz, Dainis. Freß-, Sauff- und Fenushieder 3,— B 18 Karl Kautsky, Der Ursprung des Christentums 2,— B 19 Kellers Werke in 6 Bänden 10,— B 20 Lessings Werke in 6 Bänden 10,— B 21 Ludwigs Werke in 2 Bänden 3,50 B 22 Mörikes Werke in 2 Bänden 3,50 B 23 Preßgang, Freie Gedanken. Sprüche der Freiheit. Weisheit und Gerechtigkeit von Dichtern und Denkern aller Zeiten 2,— B 24 Reglam, Praktisches Wissen. 800 Seiten Text, 947 einfarbige und bunte Textbilder, 16 Seiten Atlas, 16farbige Tafeln, 8 Kupfertiefdrucktafeln und 2 Doppeltonbilder 12,— B 25 Reuters Werke in 8 Bänden 14,— B 26 Schaffers Werke in 3 Bänden 5,50 B 27 Schillers Werke in 6 Bänden 10,— B 28 Hugo Schulz, Blut und Eisen. Krieg und Kriegerum in alter und neuer Zeit. 2 Bände zusammen 5,— B 29 Shakespeares Werke in 4 Bänden 7,— B 30 Storms Werke. 4 Bände 7,— B 31 Tausendundeine Nacht in 8 Bänden 12,— B 32 Friedrich Wendel, Hans Balufschel. Eine Monographie mit vielen Bildern 3,— B 33 Karl Zwing, Soziologie der Gewerkschaftsbewegung. Erster Teil: Gewerkschaften und Wirtschaft 1,80 Bei Bestellungen genügt die Angabe der Nummer.

für Einmachgläser nur Breuer's Salizyl-Pergament Nur echt in gelben Rollen mit dem Namen Breuer

Wer die Preise kennt, kauft nur bei Uhren-Klose Reklamepreis! Nur 2,50 Mk. kostet die echte deutsche Herren-Anker-Uhr Nr. 10 stark vernickelt, ca. 30 sid. Werk, genau reg. nur 2,50 Mk. Nr. 11 echt versilbert, Goldrand u. Scharnier ... 3,70 Mk. Nr. 12 kleinere Form, besseres Werk ... 6,40 Mk. Nr. 13 Neusilber, 2 hintere Deckel, 3 Steine ... 10,00 Mk. Nr. 14 mit Sprungdeckel, ganz vergoldet ... nur 12,00 Mk. Nr. 15 echt Silber, Goldrand, 10 Steine ... nur 16,00 Mk. Nr. 16 echt Silber, pa. Ankerwerk, 15 Steine ... nur 24,00 Mk. Nr. 39 Damenuhr, versilbert, m. Goldrand, nur 4,00 Mk. Nr. 79 dieselbe, kleines Format ... nur 6,30 Mk. Nr. 76 mit Sprungdeckel, echt Silber 800 oder pa. Golddoublet, 10 J. Gar. gestemp. nur 36,00 Mk. Nr. 47 Armbanduhr, mit Riemen ... nur 3,60 Mk. Nr. 44 dieselbe, kleine Form mit bess. Werk nur 5,50 Mk. Nr. 81 dieselbe, echt Silber, 10 Steine ... nur 13,50 Mk. Nr. 82 echt Gold, 585 gestempelt ... nur 24,00 Mk. Wecker, la Messingwerk 2,60 bis 6,00 Mk. Panzerkette, vern. 0,50, echt Nickel 1,00, echt vers. 1,50, echt vergold. 2,00, echt Silb. 5,00, Golddoublet 6,00 Unsere Leser erhalten 1 Mk. Nachlass und 1 Kapsel gratis bei Bestellung einer Uhr zu 10,00 Mk. oder mehr. Von den Uhren verkaufte ich jährlich ca. 10000 Stück UHREN-KLOSE, BERLIN SW 29 (34), Zossener Strasse 8

Sonderangebot in Berufskleidung! Nr. 51 Blaue Arbeitsjacke mit Stehkragen, 2 Taschen, aus bestem, indigo-echtem Blautuch, schwere Sorte ... 2,75 Nr. 52 Blaue Körperjacke mit Stehkragen, 2 Taschen, aus extra starkem, indigo-echtem Blaukörperdrell ... 3,35 Nr. 54 Blaue Körperjacke mit Umlegekragen, 1 Brusttasche, 2 Seitentaschen, extra starker, indigo-echter Blaukörperdrell ... 3,75 Passende Hosen zum gleichen Preis. Per Nachnahme ab Mk. 10,- ab Mk. 20,- franko. Ohne Zwischenhandel, direkt durch WASCHEFABRIK ANSBACH 20, MITTELFR.

Ziehung 17. u. 23. Juni Volkswohl-Lotterie 430 000 150 000 100 000 Glückwünsche M. S. — Einmallos Pa. 2. Doppellos Pa. 2. Porto und Liste 35 Pf. Auch weiter Nachh. Georg Müller, Kankhaus, Hamburg, Große Bleichen 3, P. Sach. Hamburg 3349

Tischlerfachschule in Kankhaus (Hatz) Hochschullehrer: Herr Dr. Ing. Kloppe, lang Jahre Werkmeister, Fachlehrer, Meisterkurse, Fachprüfungsbekannt für Serienfertigung. Priv. Lehrbeg. Dr. Ludw. Reimking

I. 10A Josef Witt, Weiden 392 Oberpfalz. Größtes Baumwollwebwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken. Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte. gibt wie folgt ab: Nr. 1 Weißes Hemdentuch schwere, gute, sehr haltbare Sorte, für starke Wäschestücke, 80 cm breit, per Meter —.28 Nr. 2 Vorhangstoff sog. Gardinen, mit echt indanthrenfarbigen Streifenmustern 70 cm breit, per Meter —.19 Nr. 3 Hemdenflanell etwas leichte Gebrauchsware, indanthrenfarbig gestreift 70 cm breit, per Meter —.23 Nr. 4 Hemdenflanell fast unzerreißbare, kräftige strapazierbare Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift, 74 cm breit, per Meter —.39 Nr. 5 Stuhltuch auch Hausluch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierb. Betttücher, 150 cm br., p. Mfr. 1.15 Nr. 6 Handtücher strapazierbare, haltbare Qualität, weil nicht vollkommen gleichmäßig. Verkauf nach Gewicht ... per Pfund 1.25 Nr. 7 Strickwolle garantiert reine Wolle, solide, strapazierbare Qualität, lieferbar in schwarz ... per Pfund 1.95 Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint. Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 10 Pfund. — Versand von Mk. 10.— an; 25 Mk. 20.— portofrei. Nichtentsprechendes wird auf meine Kosten zurückgenommen und der volle ausgelegte Betrag zurückbezahlt.